

Working Paper No. 1

# Die deutsche Parteienlandschaft im Jahr 2021

*Michael Angenendt | Thomas Poguntke*

September 2022



**Inhalt:**

Summary.....	2
Einleitung.....	2
Generelle Entwicklungen im politischen Jahr 2021.....	2
Die wichtigsten Parteien im Detail.....	8
Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU) und Christlich Soziale Union (CSU) ...	8
Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD).....	9
Alternative für Deutschland (AfD).....	10
Freie Demokratische Partei (FDP).....	11
Die Linke.....	11
Bündnis 90/Die Grünen.....	11
Landtagswahlen 2021.....	12
Baden-Württemberg.....	12
Rheinland-Pfalz.....	12
Sachsen-Anhalt.....	13
Mecklenburg-Vorpommern.....	14
Berlin.....	15
Bundestagswahl 2021.....	17
Wahlergebnisse.....	17
Wahlkampfthemen.....	19
Wahlkampf.....	19
Regionale Verteilung der Wahlergebnisse.....	22
Regierungsbildung.....	24
Fazit und Ausblick.....	26
Quellen und Literatur.....	27

Keywords: Parteien in Deutschland; Parteiensystem; Deutsche Politik; Landtagswahlen 2021; Bundestagswahl 2021; Regierungsbildung

## Summary

Throughout 2021 German politics was dominated by the ongoing COVID-19 pandemic and the debate over restrictions of personal freedoms in order to control the disease. Against this backdrop, German parties prepared for the Bundestag election in September. The Social Democrats had already nominated their Chancellor candidate Olaf Scholz in the previous year and the Greens nominated their party leader Annalena Baerbock as candidate for governmental leadership in spring. The selection of the Christian Democratic Chancellor candidate, on the contrary, was marked by intense conflict between the leaders of the CDU and CSU. In the end, the newly elected CDU leader Armin Laschet prevailed. Still, CDU/CSU was widely expected to win the election during the first half of 2021, but a disastrous campaign and personal mistakes of Armin Laschet led to a continuous decline in the polls. The Greens could not benefit from this as their candidate Annalena Baerbock had run into severe credibility problems related to her CV at the beginning of the campaign. In the end, the SPD, whose candidate had successfully avoided mistakes, won by a narrow margin and formed a government with the Greens and the Liberals.

## Einleitung<sup>1</sup>

Der vorliegende Beitrag liefert einen Überblick über die deutsche Parteienlandschaft im politischen Jahr 2021. Hierzu erfolgt zunächst die Vorstellung der wichtigsten Themenschwerpunkte des Jahres. Anschließend wird diskutiert, wie die deutschen Parteien im Wahljahr aufgestellt waren. Den Schwerpunkt des Beitrages bildet neben der Diskussion der Landtagswahlen die Analyse der Bundestagswahl und der sich anschließenden Regierungsbildung. Überraschend wurde die Bundestagswahl knapp von der SPD gewonnen, nachdem in der ersten Hälfte des Jahres die CDU/CSU wie der deutliche Sieger ausgesehen hatte. Allerdings reichten, anders als in früheren Jahren, rund ein Viertel der Wählerstimmen, um stärkste Partei im Bundestag zu werden.

## Generelle Entwicklungen im politischen Jahr 2021

Auch im Jahr 2021 war die Corona-Pandemie das mit Abstand wichtigste politische Thema für die Bundesbürger und Bundesbürgerinnen (für 54,27 % der Befragten im Jahres-Mittel) (Tabelle 1). Im Vergleich zum Vorjahr hat der Klimaschutz deutlich an Relevanz gewonnen und wird im Jahr 2021 im Jahres-Mittel von jedem Dritten als das wichtigste politische Thema erachtet. Im Vorjahr waren es 17 % (Kinski und Poguntke 2021). Ein Grund war die Flutkatastrophe im Juli 2021, die vor allem die Bundesländer Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen betraf, wo rund 180 Menschen ums Leben kamen und ganze Ortschaften völlig zerstört wurden. Diese äußerst schwere Katastrophe wurde mit dem Klimawandel in Verbindung gebracht,

---

<sup>1</sup> Sofern nicht anderweitig ausgewiesen stammen die in diesem Beitrag gemachten Angaben aus Medienberichten des Jahres 2021. Auf Internetquellen wurde am 15.2.2022 zuletzt zugegriffen. Wir danken Nico Bodden, Benjamin Hoß und Aaron Schlütter für ihre tatkräftige Unterstützung.

wodurch sich auch die Thematik des Wahlkampfes zur Bundestagswahl erheblich veränderte. Fortan spielte das Thema Klimawandel die zentrale Rolle.

Tabelle 1: Wichtigste politische Themen 2021 (Angaben in Prozent)

Thema	Januar	Dezember	Mittelwert 2021
Corona	82	73	54,27
Umwelt/Klima/Energiewende	14	29	33,14
Ausländer/Integration/Flüchtlinge	8	7	8,82
Soziales Gefälle	4	7	7,91
Wirtschaftslage	9	4	6,78
Politikverdruss	4	4	6,05
Bildung	6	4	5,78
Renten	3	4	5,5
Gesundheitswesen/Pflege	3	6	3,5
Arbeitslosigkeit	3	2	3,32
Mieten/Wohnungsmarkt	0	2	2,41
Rechte/AfD	3	2	1,95

Quelle: Eigene Berechnungen anhand der Daten des „Politbarometer“, siehe Forschungsgruppe Wahlen 2022a: [https://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Langzeitentwicklung\\_-\\_Themen\\_im\\_Ueberblick/Politik\\_II/#Probl1](https://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Langzeitentwicklung_-_Themen_im_Ueberblick/Politik_II/#Probl1) & [https://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Langzeitentwicklung\\_-\\_Themen\\_im\\_Ueberblick/Politik\\_II/#Probl2](https://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Langzeitentwicklung_-_Themen_im_Ueberblick/Politik_II/#Probl2) (Zugriff: 11.02.2022). Die Frage wird offen abgefragt, Befragte konnten maximal zwei Themen nennen. Mittelwerte auf zwei Nachkommastellen gerundet.

Die auch im Jahr 2021 andauernde Corona-Pandemie hat zu einem Anwachsen der Proteste gegen die staatlichen Infektionsschutzmaßnahmen geführt. Teile dieses Protestes können der sogenannten „Querdenker“-Bewegung zugerechnet werden, die teilweise verschwörungstheoretische Positionen vertritt.<sup>2</sup> Seit April 2021 werden deshalb Teile der Bewegung bundesweit vom Verfassungsschutz mit nachrichtendienstlichen Mitteln beobachtet.<sup>3</sup> Zuvor wurde die Bewegung bereits in den Ländern Baden-Württemberg, Bayern, Hamburg und Berlin beobachtet.<sup>4</sup> Der Verfassungsschutz schuf dazu den Phänomenbereich „Delegitimierung des Staates“, da die Bewegung weder eindeutig dem rechts- noch linksextremen Spektrum zugeordnet werden kann.<sup>5</sup>

Bei den Protesten gegen die Infektionsschutzmaßnahmen kam es durch Anhänger der „Querdenker“-Bewegung auch zu Übergriffen auf Polizisten und Journalisten. Eine wichtige Rolle bei der Mobilisierung der Proteste spielt der Messengerdienst Telegram, über den ein Großteil der Kommunikation der Bewegung läuft. In diesen Kanälen herrscht oft ein geschlossenes verschwörungsideologisches Weltbild: So sei beispielsweise die Pandemie von der Politik geplant worden und die Schutzimpfung eine Giftspritze. Bislang versuchen die deutschen Behörden

<sup>2</sup> <https://www.swr.de/swr2/leben-und-gesellschaft/querdenker-auf-telegram-staatsfeindlichkeit-und-online-radikalisierung-100.html>

<sup>3</sup> <https://www.tagesschau.de/inland/verfassungsschutz-querdenker-103.html>

<sup>4</sup> <https://www.tagesschau.de/inland/verfassungsschutz-querdenker-103.html>

<sup>5</sup> <https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/kurzmeldungen/DE/2021/2021-04-29-querdenker.html>

erfolglos, gegen strafrechtlich relevante Inhalte auf Telegram vorzugehen, da das Unternehmen bislang nicht mit den deutschen Behörden kooperiert.

Aufgrund der besonders zum Jahresende hohen Inzidenzen wurden viele Infektionsschutzmaßnahmen wieder verschärft, was insbesondere im Bundesland Sachsen zahlreiche Proteste auslöste. Es kam zu Morddrohungen gegenüber Ministerpräsident Michael Kretschmer und im Dezember zu einem Protest-Fackelzug vor dem Wohnhaus von Sachsens Sozialministerin Petra Köpping.<sup>6</sup> Noch zu Beginn des Jahres suchte Kretschmer das Gespräch mit den Gegnern der Corona-Maßnahmen und wurde seinerzeit von diesen ausgebuht. Das Gesprächsangebot löste unterschiedliche Reaktionen in der Bevölkerung und deutschen Politik aus.<sup>7</sup>

Im März wurde bekannt, dass mehrere Abgeordnete der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag sich durch die Vermittlung von Geschäften mit Corona-Schutzmasken finanziell bereichert hatten. Die Unionsparteien gerieten unter öffentlichen Druck und drei Abgeordnete verließen daraufhin die Fraktion sowie die Partei.<sup>8</sup> Die übrigen Fraktionsmitglieder unterzeichneten eine Ehrenklärung, in der sie versicherten, keine finanziellen Vorteile aus Geschäften, die im Zusammenhang mit der Pandemie stehen, erlangt zu haben. Die Enthüllung der Maskenaffäre schädete der CDU kurz vor den Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz.<sup>9</sup> Bundespräsident Steinmeier warnte vor einem Ansehensverlust der Demokratie durch die aufgedeckten Verbindungen.<sup>10</sup> Bisher keine Konsequenzen hatten die fragwürdigen Verbindungen von Politikern der CDU/CSU zu Aserbaidshan. Vorgeworfen wird den Politikern in diesem Zusammenhang Lobbyismus und Korruption.<sup>11</sup>

Bis kurz vor Ende des Jahres 2021 war es weitgehender Konsens der deutschen Politik, dass es eine allgemeine Impfpflicht nicht geben solle. Nach den Bundestagswahlen und nachdem zur Debatte die Zahl der Geimpften nur noch langsam stieg und unter dem gewünschten Niveau blieb, machten der bayerische Ministerpräsident Söder und sein baden-württembergischer Amtskollege Winfried Kretschmann einen überraschenden Vorstoß und sprachen sich für die Einführung einer Impfpflicht aus. Dies führte zu einem schnellen Positionswandel bei vielen Spitzenpolitikern von CDU/CSU, SPD, FDP und den Grünen (und Teilen der Linken). Auch Bundeskanzler Olaf Scholz sprach sich für eine allgemeine Impfpflicht aus und kündigte gleichzeitig an, dass die Regierung keinen eigenen Gesetzentwurf vorlegen werde. Vielmehr solle der Fraktionszwang bei der Abstimmung aufgehoben werden. Im Dezember beschlossen Bundestag und

---

<sup>6</sup> <https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen/leipzig/grimma-oschatz-wurzen/corona-protest-gegen-koeppling-haus-grimma-100.html>

<sup>7</sup> <https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen/chemnitz/floeha-hainichen/corona-kritik-reaktion-protest-kretschmer-frankenberg-100.html>

<sup>8</sup> <https://www.sueddeutsche.de/politik/cdu-thueringen-maskenaffaere-hauptmann-1.5248495>; <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/nuesslein-loebel-101.html>

<sup>9</sup> <https://www.welt.de/politik/deutschland/article227862977/Maskenaffaere-Fuer-CDU-Wahlkaempfer-wie-Faustschlag-ins-Gesicht-Landtagswahl-BW-RLP.html>

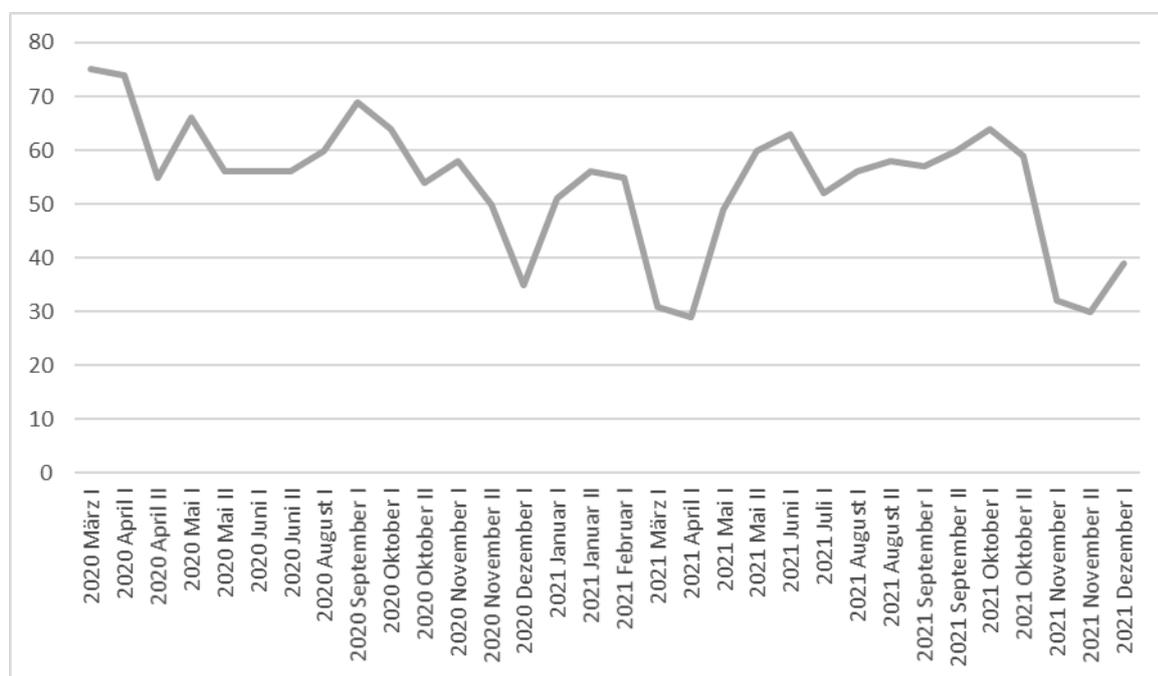
<sup>10</sup> <https://www.sueddeutsche.de/politik/bundespraesident-steinmeier-masken-geschaefte-gift-fuer-die-demokratie-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-210312-99-794646>

<sup>11</sup> <https://www.tagesschau.de/inland/cdu-csu-ehrenerklaerung-101.html>; <https://www.dw.com/de/wie-funktioniert-das-system-aserbaidshan/a-56854642>

Bundesrat (Letzterer einstimmig) bereits eine Impfpflicht für Beschäftigte in Kliniken und Pflegeheimen, die ab März 2022 gelten soll.<sup>12</sup> Auch der Deutsche Ethikrat korrigierte seinen Kurs und sprach sich Ende Dezember 2021 mehrheitlich für eine Ausweitung der Impfpflicht auf wesentliche Teile der Bevölkerung aus.<sup>13</sup>

Im Dezember urteilte das Bundesverfassungsgericht, dass der Gesetzgeber Vorkehrungen treffen muss, damit Menschen mit Behinderung bei einer gegebenenfalls erforderlichen medizinischen Triage nicht benachteiligt werden.<sup>14</sup> Bislang musste das medizinische Personal entscheiden, wer behandelt wird, wenn die Zahl der zu behandelnden Menschen die Zahl der Intensivbetten und Beatmungsgeräte übersteigt. Behinderungen oder Vorerkrankungen sollen bei dieser Entscheidung keine Rolle spielen.

Abbildung 1: Zustimmung der Deutschen zu den Corona-Maßnahmen (Angaben in Prozent)



Quelle: Eigene Berechnungen anhand der Daten des „Politbarometer“, siehe Forschungsgruppe Wahlen 2022b: <https://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Archiv/> (Zugriff: 11.02.2022).

Die Pandemiepolitik wurde über die gesamte Zeitdauer durch die Konferenz der Ministerpräsidenten unter dem Vorsitz des Bundeskanzlers gestaltet. Diese ist kein Verfassungsorgan, sondern eine informelle Entscheidungsarena. Aufgrund der Kompetenzverteilung des deutschen Föderalismus muss ein erheblicher Teil der Maßnahmen, die in diesen regelmäßigen Treffen verabredet wurden, von den einzelnen Bundesländern umgesetzt werden, die dabei bisweilen deutlich voneinander abwichen. Die Zustimmung der Deutschen zu den Infektionsschutzmaßnahmen variiert zwischen dem Ausbruch der Corona-Pandemie im März 2020 und August 2021 (Abbildung 1). Die höchste Zustimmung (75 % im März 2020) fanden die von der Politik

<sup>12</sup> <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2021/kw49-de-infektionsschutzgesetz-impfpraevention-870424>

<sup>13</sup> <https://www.ethikrat.org/mitteilungen/mitteilungen/2021/deutscher-ethikrat-empfehl-t-ausweitung-der-gesetzlichen-impfpflicht/?cookieLevel=not-set>

<sup>14</sup> <https://www.tagesschau.de/inland/triage-bverfg-101.html>

beschlossenen Maßnahmen zu Beginn der Pandemie. Im Sommer 2020, als sich vergleichsweise wenig Deutsche mit dem Virus infizierten, sank die Zustimmung. Mit dem Beginn der zweiten Welle an Corona-Infektionen stieg die Zustimmung erneut, erreichte aber nicht mehr das Ausmaß wie zu Beginn der Pandemie (69 % im September 2020). Im Dezember 2020 hielten erstmals seit Ausbruch deutlich weniger als die Hälfte der Deutschen die Maßnahmen für angemessen (35 %). Der Tiefpunkt der Zustimmungswerte im dargestellten Zeitraum wurde im März 2021 erreicht (29 %), als die dritte Welle über Deutschland hereinbrach. In diesen Zeitraum fiel der von Bundeskanzlerin Merkel vorgeschlagene zusätzliche Osterruhetag zur Verlangsamung der Infektionswelle. Diese Maßnahme erwies sich als unrealisierbar und wurde kurz nach ihrer Ankündigung zurückgenommen, wofür sich Bundeskanzlerin Merkel bei der Bevölkerung entschuldigte. In den Folgemonaten stieg die Zustimmung wieder und mehr als jeder Zweite zeigte sich mit den von der Politik getroffenen Maßnahmen zufrieden.

Neben den genannten politischen Themen rund um die Corona-Pandemie prägte auch die Flutkatastrophe im Juli die öffentliche Debatte: Viele Menschen wurden ohne Vorwarnung von der Flut getroffen, obwohl es bereits Tage zuvor Warnungen gab, die immer konkreter wurden. Im besonders stark betroffenen Kreis Ahrweiler wurde zuletzt der Katastrophenfall ausgerufen. Der für Kreis Ahrweiler zuständige Landrat Jürgen Pföhler (CDU) wurde dafür kritisiert, die Bevölkerung zu spät gewarnt und von der Flut bedrohte Gebiete zu spät evakuiert zu haben. Gegen ihn und einen Mitarbeiter laufen Ermittlungen wegen fahrlässiger Körperverletzung und fahrlässiger Tötung.<sup>15</sup> Die Opposition im Landtag von Rheinland-Pfalz (CDU, AfD, Freie Wähler) stimmte für die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses, die Koalition aus SPD, Grünen und FDP enthielt sich. In Deutschland starben mindestens 184 Menschen durch die Katastrophe, viele wurden verletzt. Damit ist die Flutkatastrophe die schwerste Naturkatastrophe in Deutschland seit 1962.<sup>16</sup> In einigen Gebieten fiel die Trinkwasserversorgung aus, die Bahn- und Mobilfunkinfrastruktur wurde schwer beschädigt. Der Bund beschloss Ende Juli Soforthilfen in Höhe von 400 Millionen Euro.<sup>17</sup> Im August richteten Bund und Länder einen Wiederaufbaufonds in Höhe von bis zu 30 Milliarden Euro ein, um die von der Flut betroffenen Menschen, Unternehmen und anderen Einrichtungen beim Wiederaufbau zu unterstützen.<sup>18</sup> Im November meldete die Bundesregierung der EU-Kommission Schäden in Höhe von 29,2 Milliarden Euro (knapp über 50 % in Rheinland-Pfalz, über 40 % in Nordrhein-Westfalen, der Rest in Bayern und Sachsen) und beantragte Finanzhilfen aus dem EU-Solidaritätsfonds zur Unterstützung nach Naturkatastrophen. Der Fonds hat jedoch nur ein jährliches Volumen von knapp 1,3 Milliarden Euro und war zum Zeitpunkt der Beantragung der Finanzhilfen bis auf einen Rest von 40,7 Millionen Euro bereits aufgebraucht.<sup>19</sup>

---

<sup>15</sup> <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/cdu-in-ahrweiler-stellt-sich-gegen-landrat-17488649.html>

<sup>16</sup> <https://www.rnd.de/panorama/hochwasser-im-ahr-tal-wie-geht-es-den-menschen-nach-der-flut-HZWNAN-VOHV CZBJ3BYAOGGCEMM.html>; <https://www.fr.de/panorama/bernd-unwetter-nrw-koeln-rheinland-pfalz-deutschland-zahl-der-toten-oderflut-elbe-sturmflut-90863880.html>

<sup>17</sup> <https://www.tagesschau.de/inland/hochwasser-soforthilfen-101.html>

<sup>18</sup> <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/flut-wiederaufbaufonds-101.html>

<sup>19</sup> <https://www.tagesschau.de/inland/flutkatastrophe-107.html>

Im April urteilte das Bundesverfassungsgericht, dass das Klimaschutzgesetz aus dem Jahr 2019 nicht weitreichend genug sei, denn es fehlten ausreichende Vorgaben für die Emissionsminderung ab dem Jahr 2031. Die bisherigen Maßnahmen zur Emissionsminderung deckten den Zeitraum bis zum Jahr 2030 ab. Die Klage gegen das Gesetz war damit zum Teil erfolgreich. Argumentiert wurde, dass die Freiheitsrechte jüngerer Generationen durch einen mangelhaften Klimaschutz eingeschränkt würden. Der Gesetzgeber wurde dazu verpflichtet, das Klimaschutzgesetz bis Ende 2022 neu zu regeln.<sup>20</sup> Die Bundesregierung passte das Gesetz an und es wurde am 24. Juni vom Bundestag, am 25. Juni vom Bundesrat beschlossen. In Kraft trat die Novelle am 31. August 2021.<sup>21</sup>

Nach der Regierungskrise Anfang 2020 in Thüringen (Kinski und Poguntke 2021) sollte der Landtag zunächst im Frühjahr 2021 neu gewählt werden. Dieser Plan wurde allerdings verworfen, da Thüringen zu dieser Zeit sehr stark vom Coronavirus betroffen war. Als neuer Termin wurde der 26. September, parallel zur Bundestagswahl, bestimmt. Im Vorfeld war allerdings ungewiss, ob die Stimmen der Linken, SPD, CDU und Grünen für eine Auflösung des Landtages ausreichen würden, da zur Auflösung eine Zweidrittelmehrheit erforderlich ist und einzelne Abgeordnete angekündigt hatten, gegen die Auflösung stimmen zu wollen. Da man nicht auf die Stimmen der rechtspopulistischen AfD angewiesen sein wollte, wurde der Antrag auf Auflösung des Landtags zurückgezogen.<sup>22</sup> Ein Misstrauensvotum der AfD gegen Ministerpräsident Ramelow, der weiterhin auf eine Duldung durch Abgeordnete der CDU oder FDP angewiesen ist, scheiterte im Juli.<sup>23</sup>

Ein bedeutendes außenpolitisches Ereignis im Jahr 2021 war das Ende des seit 2001 andauernden Afghanistan-Einsatzes der Nato, an dem auch die Bundeswehr beteiligt war. Ende Juni verließen die letzten Streitkräfte das Land.<sup>24</sup> Der Einsatz kostete Deutschland über 17 Milliarden Euro, darüber hinaus flossen insgesamt mehrere hundert Millionen Euro für humanitäre Hilfe, Entwicklungshilfe und Wiederaufbau nach Afghanistan.<sup>25</sup> Eigentlich wollten die USA, die die meisten Truppen stellten, erst bis zum 11. September aus Afghanistan abziehen. Der Truppenabzug wurde jedoch vorgezogen, so dass in der Konsequenz auch die Bundeswehr ihren Abzug beschleunigen musste. Die Taliban waren seit Mai wieder auf dem Vormarsch und eroberten zunächst Teile des Landes zurück, im September nahmen sie die letzte Provinz ein und brachten das Land unter ihre Kontrolle.<sup>26</sup> Während des Einsatzes nahmen die Bundeswehr, der Bundesnachrichtendienst und die deutsche Botschaft die Dienste von afghanischen Ortskräften in Anspruch, beispielsweise zum Übersetzen oder um Kontakte herzustellen. Viele der Ortskräfte hofften, ebenfalls evakuiert zu werden, da sie fürchteten, von den Taliban für ihre Kooperation bestraft zu werden. Zwar versprach die Bundesregierung, die bedrohten Ortskräfte

---

<sup>20</sup> <https://www.tagesschau.de/inland/klimaschutzgesetz-bundesverfassungsgericht-101.html>

<sup>21</sup> <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/klimaschutz/klimaschutzgesetz-2021-1913672>

<sup>22</sup> <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2021-07/thueringen-antrag-auf-landtagsaufloesung-wird-zurueckgezogen>

<sup>23</sup> <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2021-07/thueringen-afd-scheitert-mit-misstrauensvotum-gegen-bodo-ramelow>

<sup>24</sup> <https://www.tagesschau.de/ausland/afghanistan/bundeswehr-abzug-afghanistan-107.html>

<sup>25</sup> <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/verteidigung-kosten-101.html>

<sup>26</sup> <https://www.tagesschau.de/ausland/asien/afghanistan-taliban-un-hilfsorganisationen-103.html>

zu retten, das ging jedoch nur sehr langsam voran.<sup>27</sup> Am 25. August fand im Bundestag eine nachträgliche Abstimmung über die Evakuierung der deutschen Soldaten aus Afghanistan statt. SPD, Grüne, FDP und die Unionsparteien stimmten mehrheitlich zu. Die Abgeordneten der AfD enthielten sich mehrheitlich. Ebenso enthielten sich die Abgeordneten der Linken mehrheitlich. Dies war vom Parteivorstand so empfohlen worden. Für diesen Beschluss und ihr Abstimmungsverhalten ertete die Partei starke Kritik der anderen Parteien und der Öffentlichkeit. Vor diesem Hintergrund wurde die Koalitionsfähigkeit der Linkspartei stark angezweifelt.

## Die wichtigsten Parteien im Detail

### Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU) und Christlich Soziale Union (CSU)

Nach 16 Jahren endete im Jahr 2021 die Kanzlerschaft von Angela Merkel, die sich entschieden hatte, bei der Bundestagswahl im September 2021 nicht erneut als Kanzlerkandidatin der CDU/CSU anzutreten.

Nachdem die Parteivorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer im Februar 2020 ihren Rücktritt vom Parteivorsitz angekündigt hatte (Kinski und Poguntke 2021), fand auf dem Parteitag am 6. Januar 2021 die Wahl eines neuen Parteivorsitzenden statt. Der Parteitag sollte ursprünglich bereits im Jahr 2020 stattfinden, musste jedoch wegen der Corona-Pandemie mehrfach verschoben werden (Kinski und Poguntke 2021). Auf dem Parteitag, der wegen der Pandemie digital stattfand, setzte sich der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Armin Laschet gegen seine Herausforderer Norbert Röttgen und Friedrich Merz durch und wurde zum neuen Parteivorsitzenden gewählt.<sup>28</sup> Im April erklärte Laschet seine Bereitschaft, als Kanzlerkandidat für die CDU/CSU anzutreten. Markus Söder, Vorsitzender der CSU und Ministerpräsident von Bayern, signalisierte ebenfalls seine Bereitschaft. Es folgte ein aufsehenerregender und harter Machtkampf zwischen den beiden Parteivorsitzenden. Der Bundesvorstand der CDU sprach sich schließlich am 19. April für Laschet als Kanzlerkandidat aus, Söder verzichtete einen Tag später auf seine Kandidatur. Somit stand Laschet als Kanzlerkandidat fest. Seine Kandidatur blieb allerdings nicht unumstritten, da sich Teile der CDU mit Söder als Kanzlerkandidat bessere Erfolgsaussichten versprochen hatten. Im Verlauf des Wahlkampfes blieb die Unterstützung von Söder und der CSU für den gemeinsamen Kanzlerkandidaten Armin Laschet verhalten. Vor allem Söder zeigte deutlich, dass er sich für den besseren Kandidaten gehalten hätte.

Im Bundestagswahlkampf fiel Laschet häufiger durch unglückliche Momente auf.<sup>29</sup> Im Juni kamen zunächst Plagiatsvorwürfe gegen sein Buch auf, im Juli lachte er im Hintergrund, während Bundespräsident Steinmeier den Opfern der Flutkatastrophe im Ahrtal sein Bedauern aussprach, und bei der Stimmabgabe zur Bundestagswahl hatte er seinen Stimmzettel falsch gefaltet. Nach der verlorenen Bundestagswahl im September räumte Laschet ein, Fehler gemacht

---

<sup>27</sup> <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/afghanistan-ortskraefte-tausende-sitzen-noch-fest-a-30cab61d99b7-4e85-9368-e91b8d44398d>

<sup>28</sup> <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/laschet-cdu-vorsitzender-100.html>

<sup>29</sup> <https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/laschet-lacht-bei-steinmeier-rede-und-entschuldigt-sich>;  
<https://www.tagesspiegel.de/politik/falsch-gefaltet-stimmzettel-panne-bleibt-fuer-laschet-und-den-wahlvorstand-folgenlos/27648830.html>

zu haben und stellte sein Amt als Parteivorsitzender zur Verfügung. Anfang des Jahres 2021 waren die Unionsparteien in Umfragewerten zur Bundestagswahl noch mit 35 % komfortabel in Führung vor Grünen (21 %) und SPD (14 %) gelegen, bei der Wahl erreichten sie jedoch nur 24,1 % der Stimmen und verloren knapp gegen die SPD, die 25,7 % der Stimmen erhielt.

Wie zuvor angekündigt, gab Laschet nach der Bundestagswahl auch das Amt des Ministerpräsidenten und CDU-Vorsitzenden in Nordrhein-Westfalen ab und zog als einfacher Abgeordneter in den Bundestag ein. Sein Nachfolger wurde der bisherige Verkehrsminister Hendrik Wüst. Da die Union die Ämter des Ministerpräsidenten und des CDU-NRW-Vorsitzenden mit derselben Person besetzen wollte, war der Kandidatenkreis eingeschränkt, weil der Ministerpräsident Nordrhein-Westfalens ein Landtagsmandat braucht.<sup>30</sup> Einflussreiche Unionspolitiker, wie Karl-Josef Laumann oder Herbert Reul, kamen deshalb nicht in Frage. Am 27. Oktober wurde Wüst mit den Stimmen von CDU und FDP (und drei weiteren Stimmen) zum neuen Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen gewählt.

Durch den Rücktritt von Armin Laschet nach weniger als einem Jahr war der Parteivorsitz wieder neu zu besetzen. Nach zwei wenig erfolgreichen Personalentscheidungen des Parteitag wurde aufgrund des innerparteilichen Drucks entschieden, dieses Mal die Parteibasis entscheiden zu lassen. Nachdem Friedrich Merz im Jahr 2018 und im Januar 2021 mit seiner Kandidatur für den Parteivorsitz der CDU knapp gescheitert war, sprach sich bei einer Mitgliederbefragung im ersten Wahlgang eine Mehrheit von 62,1 % für Merz als neuen Vorsitzenden aus. Er setzte sich damit gegen den Außenpolitiker Norbert Röttgen und den früheren Kanzleramtschef Helge Braun durch. Im Januar 2022 wurde Merz auf dem virtuellen Parteitag dann mit 94,6 % der Delegiertenstimmen gewählt.<sup>31</sup> Aus rechtlichen Gründen musste dieses Ergebnis durch eine Briefwahl der Delegierten bestätigt werden, bei der er 95,3 % erreichte.<sup>32</sup>

### **Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)**

Kanzlerkandidat der SPD für die Bundestagswahl im September wurde Olaf Scholz. Er wurde von seiner Partei mehr als ein Jahr vor dem Wahltermin, am 10. August 2020 nominiert. Zu diesem Zeitpunkt lag die SPD bei Umfragen im Bereich von 15 %. Vor seiner Wahl als Kanzler im Dezember war er Finanzminister in der Großen Koalition aus SPD und CDU/CSU unter der Führung von Angela Merkel. Scholz vermied im Wahlkampf größere Fehler. Skandale aus seiner Vergangenheit, wie der umstrittene Brechmitteleinsatz gegen Drogendealer in Hamburg, seine Rolle bei der zunächst nicht notwendigen Steuernachzahlung der Warburg Bank nach Cum-Ex-Geschäften, oder seine Rolle bei der späten Aufdeckung des Wirecard-Skandals, fügten ihm keinen nennenswerten Schaden zu.<sup>33</sup>

---

<sup>30</sup> <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/hendrik-wuest-beerbt-armin-laschet-als-nrw-ministerpraesident-machtwechsel-mit-schmerzen-a-4f8b7f97-663c-43f8-83f7-2f5f516c3ad9>

<sup>31</sup> <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2022-01/friedrich-merz-zum-neuen-cdu-vorsitzenden-gewaehlt>

<sup>32</sup> <https://www.sueddeutsche.de/politik/cdu-merz-briefwahl-1.5519083>

<sup>33</sup> <https://www.derwesten.de/politik/olaf-scholz-spd-affaeren-kanzlerkandidat-bundestagswahl-cum-ex-skandal-wirecard-brechmittel-wahl-skandal-id231482765.html>

Im Mai trat Franziska Giffey von ihrem Amt als Bundesfamilienministerin zurück. Der Grund für ihren Rücktritt waren anhaltende Plagiatsvorwürfe bei ihrer Doktorarbeit, die schließlich zum Entzug des Dokortitels führten. Ihr Ressort wurde von der Justizministerin Christine Lambrecht bis zur Bundestagswahl kommissarisch geleitet.<sup>34</sup> Trotz des Verlustes ihres Dokortitels trat Giffey als SPD-Spitzenkandidatin für das Amt der regierenden Bürgermeisterin von Berlin an und gewann die Wahl.<sup>35</sup> Knapp fünf Wochen vor der Wahl kamen neue Plagiatsvorwürfe bezüglich ihrer Masterarbeit von 2005 auf.<sup>36</sup>

Am 11. Dezember 2021 wurde auf dem SPD-Parteitag eine neue Parteispitze gewählt. Der frühere Generalsekretär Lars Klingbeil übernahm den Posten von Norbert Walter-Borjans, der zuvor auf eine erneute Kandidatur verzichtet hatte. Saskia Esken wurde für ihren Posten wiedergewählt. Neuer Generalsekretär wurde Kevin Kühnert, der bis Januar 2021 Vorsitzender der SPD-Jugendorganisation Jusos war.<sup>37</sup>

### Alternative für Deutschland (AfD)

Die AfD hat sich im Jahr 2021 weiter nach rechts entwickelt. Der Thüringer Landesverband der AfD wurde im Mai als rechtsextremistisch eingestuft und wird seitdem vom Verfassungsschutz beobachtet. In diesem Zusammenhang wurde auch das Haus vom Landespartei- und -Fraktionschef Björn Höcke durchsucht. Hintergrund sind Ermittlungen wegen Volksverhetzung.<sup>38</sup>

Der Parteivorsitzende Jörg Meuthen kündigte im Oktober an, nicht erneut für den Posten als Co-Vorsitzender zu kandidieren (neben Tino Chrupalla, der erneut kandidieren wollte). Eigentlich sollten die Parteivorsitzenden auf dem Parteitag im Dezember neu gewählt werden.<sup>39</sup> Dieser wurde jedoch abgesagt, unter anderem wegen der angespannten Corona-Lage und den vorgeschriebenen Infektionsschutzmaßnahmen, denen viele AfD-Mitglieder nicht nachkommen wollten.<sup>40</sup>

Andreas Kalbitz, der bisherige Vorsitzende der AfD Brandenburg, wurde im Mai 2020 aufgrund seiner Verbindungen zu rechtsextremen Organisationen und Personen aus der Partei ausgeschlossen, ein neuer Vorsitzender wurde bisher nicht gewählt. Der Landesvorsitzende der AfD Bremen, Peter Beck, trat im Januar 2021 von seinem Amt zurück und aus der Partei aus. Als Grund gab er an, mit seinem Vorhaben, die AfD auf einen gemäßigeren Kurs zu bringen, gescheitert zu sein. Seitdem wurde noch kein Nachfolger gewählt.

In der Pandemiepolitik vertrat die Partei Positionen, die von der Ablehnung von Schutzmaßnahmen bis zum völligen Leugnen der Gefährlichkeit des Corona-Virus reichten.

---

<sup>34</sup> <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/aktuelles/alle-meldungen/christine-lambrecht-uebernimmt-leitung-181538>

<sup>35</sup> <https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2021/12/berlin-wahl-giffey-regierende-buergermeisterin-abgeordnetenhaus-senatoren-spd-gruene-linke.html>

<sup>36</sup> <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2021-08/franziska-giffey-masterarbeit-plagiatsvorwuerfe-pruefung-berlin>

<sup>37</sup> <https://www.tagesschau.de/inland/spd-vorsitzende-wahl-101.html>

<sup>38</sup> <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/bjoern-hoecke-durchsuchung-im-wohnhaus-des-thueringer-afd-chefs-a-aeb4eaf2-f75f-4aa6-9cac-aab5ea4adf72>; <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-in-thueringen-verfassungsschutz-beobachtet-landesverband-a-d38839a1-9c07-48ff-9033-222616272550>

<sup>39</sup> <https://www.mdr.de/nachrichten/deutschland/politik/meuthen-gibt-afd-vorsitz-ab-100.html>

<sup>40</sup> <https://www.tagesschau.de/inland/afd-bundesparteitag-107.html>

### Freie Demokratische Partei (FDP)

Nachdem die FDP im Vorjahr durch die Vorgänge in Thüringen vorübergehend in erhebliche Schwierigkeiten geraten war (Kinski und Poguntke 2021), gelangen ihr 2021 eine Reihe von soliden Landtagswahlergebnissen. Der Parteivorsitzende Christian Linder wurde unangefochten zum Spitzenkandidaten für die Bundestagswahl gewählt und führte die FDP in eine Koalition mit der SPD und den Grünen (siehe unten).

### Die Linke

Im Februar wurden die Thüringer Landesvorsitzende Susanne Henning-Wellsow und die hessische Fraktionsvorsitzende Janine Wissler zur neuen Parteispitze gewählt. Zuvor waren Katja Kipping und Bernd Riexinger neun Jahre lang Parteivorsitzende, beide kandidierten nicht erneut.

Im November wurde Bodo Ramelow, Ministerpräsident von Thüringen, turnusgemäß zum Bundesratspräsidenten gewählt. Er ist damit der erste Bundesratspräsident, der der Linkspartei angehört.<sup>41</sup>

### Bündnis 90/Die Grünen

Aufgrund guter Landtagswahlergebnisse und starker Umfragewerte gingen die Grünen zum ersten Mal in ihrer Geschichte mit einer Kanzlerkandidatin in den Bundestagswahlkampf. Am 19. April gaben die Ko-Parteichefs der Grünen, Robert Habeck und Annalena Baerbock, gemeinsam bekannt, dass Annalena Baerbock als Kanzlerkandidatin der Grünen aufgestellt werden soll. Die Tatsache, dass diese Entscheidung ohne die Mitwirkung von Parteigremien alleine von den beiden Parteichefs getroffen wurde, stellte eine erhebliche Abweichung von der traditionell starken Betonung innerparteilicher Demokratie dar, die über lange Jahre für die Grünen charakteristisch war.

Offensichtlich war bei der Entscheidung das Geschlecht von Frau Baerbock ausschlaggebend, wie Robert Habeck kurze Zeit nach der Entscheidung in einem Interview mit der Wochenzeitung *Die Zeit* andeutete.<sup>42</sup>

Im Wahlkampf veröffentlichte Annalena Baerbock ihr Buch „Jetzt. Wie wir unser Land erneuern“. Ende Juni tauchten die ersten Plagiatsvorwürfe auf, die Grünen sprachen zunächst von Rufmord, Anfang Juli kamen weitere Anschuldigungen hinzu, diese waren ernstzunehmender als die vorherigen. Baerbock kündigte daraufhin zunächst an, ihr Buch zu überarbeiten und Quellenangaben ergänzen zu wollen. Wegen des Wahlkampfes und den anschließenden Koalitionsverhandlungen fehlte ihr jedoch die Zeit dafür. Der Verkauf des E-Books und der Druck wurden eingestellt, bereits gedruckte Bücher werden noch abverkauft.<sup>43</sup> Eine Civey-Umfrage aus dem Juli ergab, dass nur noch 24 % der Befragten Baerbocks Kanzlerinnenkandidatur für

---

<sup>41</sup> <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/ramelow-bundesrat-praesident-100.html>

<sup>42</sup> <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/habeck-baerbock-kanzlerkandidatur-gruene-100.html>

<sup>43</sup> <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/baerbocks-buch-nach-plagiatsvorwuerven-nicht-mehr-gedruckt-17640528.html>

richtig hielten, während 61 % der Meinung waren, dass die Grünen sich falsch entschieden hätten und Habeck der geeignetere Kanzlerkandidat gewesen wäre.<sup>44</sup>

Gemäß der Satzung der Grünen müssen die bisherigen Parteivorsitzenden, nachdem sie Regierungsgämter übernommen haben, ihre Parteiämter aufgeben. Auf einem virtuellen Parteitag wählten deshalb am 28. und 29. Januar 2022 die Grünen eine neue Parteiführung. Gewählt wurden die bisherige stellvertretende Bundesvorsitzende Ricarda Lang und der Bundestagsabgeordnete Omid Nouripour.

## Landtagswahlen 2021

### Baden-Württemberg

Bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg am 14. März gingen die Grünen abermals als stärkste Kraft hervor (Tabelle 2). Mit 32,6 Prozent (+2,3 Prozentpunkte) konnte die Partei nicht nur zum vierten Mal in Folge einen Zugewinn bei Landtagswahlen in Baden-Württemberg verzeichnen, sondern erzielte überdies ihr bisheriges Rekordergebnis und lag damit deutlich vor der CDU, die mit 24,1 Prozent ihr historisch schlechtestes Ergebnis in Baden-Württemberg hinnehmen musste. Eine Niederlage von historischem Ausmaß: Bei keiner anderen Landtagswahl in einem westdeutschen Flächenland schnitten die Christdemokraten seit 1954 schlechter ab.<sup>45</sup> Auch die SPD verlor, wie schon bei der vorherigen Landtagswahl 2016, weitere Wähler und wurde mit 11 Prozent (-1,7 Prozentpunkte) nur knapp drittstärkste Kraft vor der FDP (10,5 Prozent). Die deutlichsten Verluste gegenüber der vorherigen Landtagswahl 2016 verzeichnete jedoch die AfD, die nur noch 9,7 Prozent (-5,4 Prozentpunkte) der Stimmen erhielt und somit um rund ein Drittel einbrach. Die Linkspartei verpasste mit 3,6 Prozent abermals den Einzug in den Landtag. Nach siebenwöchigen Verhandlungen stand die Fortsetzung des Regierungsbündnisses aus Grünen und CDU fest und Winfried Kretschmann (Grüne) wurde am 12. Mai erneut zum Ministerpräsidenten ernannt.

### Rheinland-Pfalz

Auch in Rheinland-Pfalz führte die Landtagswahl am 14. März (Tabelle 2) nicht zu einem Regierungswechsel und so konnten sowohl die drei sogenannten Ampelparteien (SPD, Grüne und FDP) als auch Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD) ihre Arbeit nach fünfwöchigen Verhandlungen fortsetzen: Am 18. Mai wurde Dreyer als Ministerpräsidentin wiedergewählt. Angeführt wird die Ampelkoalition weiterhin von der SPD, die mit 35,7 Prozent zum siebten Mal in Folge seit 1991 als stärkste Kraft aus der Landtagswahl in Rheinland-Pfalz hervorging und deutlich von der Beliebtheit der Ministerpräsidentin Dreyer profitierte.<sup>46</sup> Während die SPD ihr Ergebnis

---

<sup>44</sup> <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/mehrheit-haelt-baerbocks-kanzlerkandidatur-statt-habeck-fuer-fehler-17420217.html>

<sup>45</sup> Forschungsgruppe Wahlen (2021). Wahlbericht 180. Mannheim: Berichte der Forschungsgruppe Wahlen e.V.; <https://www.fr.de/politik/landtagswahl-baden-wuerttemberg-2021-ergebnis-hochrechnungen-prognosen-wann-stuttgart-90217132.html>

<sup>46</sup> <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/wahl-rheinland-pfalz-103.html>

aus der Landtagswahl 2016 (36,2 Prozent) damit weitgehend stabilisieren konnte, stürzte die CDU auf 27,7 Prozent (-4,1 Prozentpunkte) ab und fiel in Rheinland-Pfalz erstmals unter die 30-Prozent-Marke. Damit erzielte die CDU nicht nur zum zweiten Mal in Folge einen Negativrekord in Rheinland-Pfalz, sondern fuhr auch eines der schlechtesten Ergebnisse bei Landtagswahlen in einem westdeutschen Flächenland seit 1954 ein.<sup>47</sup> Drittstärkste politische Kraft wurden die Grünen, die mit 9,3 Prozent ihr zweitbestes Ergebnis in Rheinland-Pfalz holten und von allen Parteien die stärksten Zugewinne (+4 Prozentpunkte) im Vergleich zur Wahl 2016 verzeichnen konnten. Die FDP ist mit 5,5 Prozent (-0,7 Prozentpunkte) die mit Abstand schwächste Partei im Regierungsbündnis (SPD, Grüne, FDP) und lag nur noch knapp vor den Freien Wählern, die mit 5,4 Prozent (+3,2 Prozentpunkte) zum ersten Mal in den rheinland-pfälzischen Landtag einzogen. Größter Wahlverlierer war, wie auch schon in Baden-Württemberg, die AfD, die nur noch 8,3 Prozent der Wähler für sich gewinnen konnte und damit um 4,3 Prozentpunkte absackte.

### Sachsen-Anhalt

In Sachsen-Anhalt gewann die CDU die Landtagswahl am 6. Juni überraschend deutlich mit 37,1 Prozent der Stimmen (Tabelle 2). Auch hier spielte, wie schon bei den vorangegangenen Landtagswahlen, die Popularität des Ministerpräsidenten eine wichtige Rolle. Die Partei legte mit einem Zugewinn von 7,4 Prozentpunkten gegenüber 2016 deutlich zu und erzielte ihr historisch drittbestes Ergebnis im Land.<sup>48</sup> Noch wenige Tage vor der Wahl war mit einem engeren Rennen zwischen den Christdemokraten und der AfD gerechnet worden,<sup>49</sup> was sich am Wahltag jedoch nicht bestätigte. So wurde die AfD zwar wieder zweitstärkste Kraft, verlor aber 3,4 Prozentpunkte im Vergleich zur vorherigen Landtagswahl und landete mit 20,8 Prozent deutlich hinter der CDU. Nur die Linkspartei verlor noch mehr Stimmen als die AfD und erzielte mit 11 Prozent (-5,3 Prozentpunkte) zudem ihr schlechtestes Ergebnis in Sachsen-Anhalt. Auch die SPD fuhr mit nur 8,4 Prozent einen historischen Negativrekord im Land ein und verlor, wie schon bei der vorangegangenen Landtagswahl, erneut Stimmenanteile (-2,2 Prozentpunkte). War die FDP bei den letzten beiden Landtagswahlen (2011 und 2016) noch jeweils an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert, schaffte sie 2021 mit 6,4 Prozent den Wiedereinzug in den Magdeburger Landtag und verzeichnete zudem den zweitstärksten Stimmenzuwachs (+1,6 Prozentpunkte) aller Parteien. Auch die Grünen konnten ihr Ergebnis verbessern (+0,8 Prozentpunkte) und zogen mit 5,9 Prozent, dem historisch zweitbesten Ergebnis in Sachsen-Anhalt<sup>50</sup>, zum dritten Mal in Folge in den Landtag ein. Im Hinblick auf die Bundestagswahlen wurde das Wahlergebnis der Grünen allerdings als Rückschlag gewertet. Anders als in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz formierte sich in Sachsen-Anhalt nach der Landtagswahl ein neues Koalitionsbündnis aus CDU, SPD und FDP. Die sogenannte Deutschland-Koalition ist die erste ihrer Art im wiedervereinigten Deutschland und löste die amtierende sogenannte Kenia-Koalition (CDU, SPD, Grüne) ab, die zwischen 2016 und 2021 das Bundesland regiert hatte. CDU

---

<sup>47</sup> Forschungsgruppe Wahlen (2021). Wahlbericht 181. Mannheim: Berichte der Forschungsgruppe Wahlen e.V.

<sup>48</sup> Forschungsgruppe Wahlen (2021). Wahlbericht 182. Mannheim: Berichte der Forschungsgruppe Wahlen e.V.

<sup>49</sup> <https://www.wahlrecht.de/umfragen/landtage/sachsen-anhalt.htm>

<sup>50</sup> Forschungsgruppe Wahlen (2021). Wahlbericht 182. Mannheim: Berichte der Forschungsgruppe Wahlen e.V.

und SPD hätten auch zu zweit über eine knappe Mehrheit im Landtag verfügt (49 von 97 Sitzen), entschieden sich aber dennoch, die FDP einzubinden, um eine breitere Mehrheit für die Regierungsbildung zu haben (mit FDP 56 Sitze). Der Koalitionsbildung gingen komplizierte Verhandlungen voraus, sodass der Koalitionsvertrag erst knapp einhundert Tage nach der Landtagswahl unterschrieben wurde. Auch die Ministerpräsidentenwahl am 16. September verlief holprig, denn Reiner Haseloff musste sich, wie schon 2016, einem zweiten Wahlgang stellen, nachdem er im ersten Wahlgang die notwendige Mehrheit verfehlte.<sup>51</sup> Erst im zweiten Wahlgang erhielt er die nötige Mehrheit und konnte seine dritte Amtszeit in Folge antreten.

### Mecklenburg-Vorpommern

Bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern am 26. September, parallel zur Bundestagswahl, erzielte die SPD mit 39,6 Prozent und einem Rekordplus von 9 Prozentpunkten einen Wahlsieg und ging zum sechsten Mal in Folge als Wahlsieger aus der Landtagswahl in dem ostdeutschen Bundesland hervor. Damit erzielte die Partei in Mecklenburg-Vorpommern ihr zweitbestes Wahlergebnis nach 2002 (damals 40,6 Prozent) und ist nach der CDU im Saarland (40,7 % bei der Landtagswahl 2017) aktuell die zweitstärkste Partei auf Ebene der Bundesländer.<sup>52</sup> Die SPD ging mit der populären amtierenden Ministerpräsidentin Manuela Schwesig ins Rennen, die CDU mit Michael Sack als Gegenkandidat. Bei der Wahl fiel die CDU auf ein historisches Rekordtief und erzielte nur 13,3 % der Stimmen. Mit einem Stimmverlust von 5,7 Prozentpunkten ging sie als klarer Wahlverlierer aus der Wahl hervor. Auch die AfD büßte deutlich an Stimmen ein und verzeichnete mit einem Ergebnis von 16,7 Prozent ein deutliches Minus von 4,1 Prozentpunkten im Vergleich zu 2016. Damit wurde die Partei zwar wieder zweitstärkste Kraft, blieb jedoch deutlich unter dem Niveau in den übrigen ostdeutschen Bundesländern. Die Linkspartei rutschte indes mit einem Ergebnis von 9,9 Prozent (-3,2 Prozentpunkte) zum ersten Mal nach 1990 in einem ostdeutschen Bundesland unter die 10-Prozent-Marke. Neben der SPD konnten nur die FDP (+2,8 Prozentpunkte) und die Grünen (+1,5 Prozentpunkte) Zugewinne verzeichnen. Beide Parteien waren bei der Landtagswahl 2016 an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert, zogen mit Ergebnissen von 6,3 Prozent (Grüne) und 5,8 Prozent (FDP) diesmal aber knapp in den Landtag ein. Bei der Regierungsbildung eröffneten sich der SPD insgesamt drei Bündnisoptionen. Die Partei entschied sich gegen eine Fortführung der Großen Koalition mit der CDU und bildete stattdessen eine Regierungskoalition mit der Linkspartei. Nach dreiwöchigen Verhandlungen stand der Koalitionsvertrag und Schwesig wurde am 15. November als Ministerpräsidentin wiedergewählt.

---

<sup>51</sup> <https://www.morgenpost.de/politik/inland/article233332979/Haseloff-stellt-sich-zur-Wiederwahl-in-Sachsen-Anhalt.html>

<sup>52</sup> Forschungsgruppe Wahlen (2021). Wahlbericht 184. Mannheim: Berichte der Forschungsgruppe Wahlen e.V.

## Berlin

Neben Mecklenburg-Vorpommern hielt auch Berlin parallel zur Bundestagswahl am 26. September seine Landtagswahl ab, die in Berlin Abgeordnetenhauswahl heißt. Zudem wurde in Berlin am selben Tag über zwei weitere Entscheidungen abgestimmt: Die Wahl zur Bezirksverordnetenversammlung sowie die Abstimmung zum Volksentscheid „Deutsche Wohnen und Co. enteignen“. Im Rahmen dieses „Super-Wahltages“ kam es in 207 von 2257 Berliner Wahllokalen zu Unregelmäßigkeiten:<sup>53</sup> Vor den Wahllokalen bildeten sich teils lange Schlangen, Stimmzettel wurden versehentlich vertauscht und einige Wahllokale mussten während der Wahl bis zu zwei Stunden lang schließen, weil ihnen die Stimmzettel ausgegangen waren. In zwei Wahlkreisen kam es zudem zu Wahlrechtsverstößen. Aufgrund der zahlreichen Unregelmäßigkeiten wurden diverse Einsprüche gegen die Ergebnisse der Abgeordnetenhauswahl eingelegt, unter anderem von der mittlerweile zurückgetretenen Landeswahlleiterin Petra Michaelis sowie dem Berliner Innensenator Andreas Geisel. Der Berliner Verfassungsgerichtshof ist mit der Prüfung dieser Einsprüche befasst und wird voraussichtlich im Frühjahr 2022 darüber entscheiden, ob die Wahl ganz oder zumindest in einzelnen Wahlkreisen wiederholt werden muss.<sup>54</sup>

Aus der Abgeordnetenhauswahl ging die SPD zwar mit 21,4 Prozent (-0,1 Prozentpunkte) als stärkste Kraft hervor, erzielte damit aber zugleich ihr historisch schlechtestes Ergebnis bei einer Berliner Abgeordnetenhauswahl.<sup>55</sup> Die Grünen profitierten vom positiven Bundestrend und erreichten mit 18,9 Prozent ein Rekordergebnis in Berlin, verfehlten allerdings ihr Ziel, stärkste Partei zu werden und somit den Regierenden Bürgermeister zu stellen. Keiner anderen Partei gelang es überdies im Vergleich zur vorherigen Abgeordnetenhauswahl 2016 mehr Stimmen zuzulegen (+3,7 Prozentpunkte). Die CDU landete mit 18 Prozent der Stimmen (+0,4 Prozentpunkte) knapp hinter den Grünen auf dem dritten Platz. Mit 14,1 Prozent (-1,6 Prozentpunkte) folgte die Linkspartei vor der AfD mit 8 Prozent. Die AfD schafft damit zwar zum zweiten Mal in Folge den Einzug ins Berliner Abgeordnetenhaus, verzeichnet mit einem Minus von 6,2 Prozentpunkten jedoch die höchsten Verluste aller Parteien im Vergleich zur Abgeordnetenhauswahl 2016. Die FDP erhielt 7,1 Prozent der Stimmen und verbessert sich damit um 0,5 Prozentpunkte gegenüber 2016. Auffällig ist der hohe Stimmanteil sonstiger Parteien, der mit 12,5 Prozent deutlich über dem Bundesschnitt liegt. Nach der Wahl sondierte die SPD ein Mitte-links-Bündnis (SPD, Linke, Grüne) sowie eine Ampel (SPD, FDP, Grüne). Am Ende einigten sich SPD, Grüne und Linke rund zwei Monate nach der Wahl auf eine Fortsetzung ihres bisherigen Mitte-links-Bündnisses unter Führung von Franziska Giffey als Regierende Bürgermeisterin, die am 21. Dezember gewählt wurde.<sup>56</sup>

---

<sup>53</sup> <https://www.zeit.de/politik/2021-10/unregelmaessigkeiten-berliner-abgeordnetenhauswahl-bundestagswahl>

<sup>54</sup> <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2021-11/abgeordnetenhauswahl-berlin-wahlpannen-aufarbeitung-expertenkommission>

<sup>55</sup> Forschungsgruppe Wahlen (2021). Wahlbericht 185. Mannheim: Berichte der Forschungsgruppe Wahlen e.V.

<sup>56</sup> <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2021-11/abgeordnetenhauswahl-berlin-koalitionsvertrag-spd-gruene-linke>

**Tabelle 2: Landtagswahlen 2021**

	Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Sachsen-Anhalt	Mecklenburg-Vorpommern								
Datum der Wahl:	14. März 2021	14. März 2021	6. Juni 2021	26. September 2021								
Anzahl Parlamentssitze:	101	154	97	79								
Wahlbeteiligung (%):	64.3% (-6.1 %-Punkte)	63.8% (-6.6 %-Punkte)	60.3% (-0.8 %-Punkte)	70.8% (+8.9 %-Punkte)								
Wählerschaft:	3,042,414	7,671,039	1,788,930	1,312,471								
Abgegebene Stimmen:	1,957,349	4,894,500	1,079,045	928,807								
Gültige Zweitstimmen (Prozent):	1,934,879 (98,9%)		1,063,697 (98,6%)	913,863 (98,4%)								
Gültige Erststimmen (Prozent):	1,922,579 (98,2%)	4,859,651 (99,3%)	1,061,519 (98,4%)	910,169 (98,0%)								
Neue Regierungs- koalition (Vor- gängerregierung):	SPD-Grüne-FDP (SPD-FDP-Grüne)	Grüne-CDU (Grüne-CDU)	CDU-SPD-FDP (CDU-SPD-Grüne)	SPD-Linke (SPD-CDU)								
Partei	Stimmen %	Sitze N	Gewinne/ Verluste %- Punkte	Stimmen %	Sitze N	Gewinne/ Verluste %- Punkte	Stimmen %	Sitze N	Gewinne/ Verluste %- Punkte	Stimmen %	Sitze N	Gewinne/ Verluste %- Punkte
Sozialdemokratische Partei (SPD)	35,7	39	-0,5	11,0	19	-1,7	8,4	9	-2,2	39,6	34	+9,0
Christdemokratische Partei (CDU)	27,7	31	-4,1	24,1	42	-2,9	37,1	40	+7,4	13,3	12	-5,7
Bündnis 90/Die Grünen	9,3	10	+4,0	32,6	58	+2,3	5,9	6	+0,8	6,3	5	+1,5
Die Linke	2,5	0	-0,3	3,6	0	+0,7	11,0	12	-5,3	9,9	9	-3,2
Freie Demokratische Partei (FDP)	5,5	6	-0,7	10,5	18	+2,2	6,4	7	+1,6	5,8	5	+2,8
Alternative für Deutschland (AfD)	8,3	9	-4,3	9,7	17	-5,4	20,8	23	-3,4	16,7	14	-4,1
Freie Wähler (FW)	5,4	6	+3,2	3,0	0	+2,9	3,1	0	+1,0	1,1	0	+0,5
Andere	8,6	0	+2,6	5,5	0	+1,9	7,2	0	+0,3	7,3	0	-0,7

Quellen: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2021a, 2021b, Landeswahlleiter Rheinland-Pfalz 2021, Landtag Sachsen-Anhalt 2021a, 2021b, Bundeswahlleiter 2021b, Landesamt für Innere Verwaltung Die Landeswahlleiterin Mecklenburg-Vorpommern 2016a, 2016b, Landeswahlleiterin für Berlin 2021

**Tabelle 2: Landtagswahlen 2021 (Fortsetzung)**

<b>Berlin</b>			
Datum der Wahl:	26. September 2021		
Anzahl Parlamentssitze:	147		
Wahlbeteiligung (%):	75.3% (+8.5 %-Punkte)		
Wählerschaft:	2,447,600		
Abgegebene Stimmen:	1,839,529		
Gültige Zweitstimmen (Prozent):	1,821,664 (99.0%)		
Gültige Erststimmen (Prozent):	1,809,486 (98.6%)		
Neue Regierungskoalition (Vorgängerregierung):	SPD-Grüne-Linke (SPD-Linke-Grüne)		
Partei	Stimmen %	Sitze N	Gewinne/ Verluste %-Punkte
Sozialdemokratische Partei (SPD)	21,4	36	-0,1
Christdemokratische Partei (CDU)	18,0	30	+0,4
Bündnis 90/Die Grünen	18,9	32	+3,7
Die Linke	14,1	24	-1,6
Freie Demokratische Partei (FDP)	7,1	12	+0,5
Alternative für Deutschland (AfD)	8,0	13	-6,2
Freie Wähler (FW)	0,8	0	+0,8
Andere	11,7	0	+2,5

Quellen: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2021a, 2021b, Landeswahlleiter Rheinland-Pfalz 2021, Landtag Sachsen-Anhalt 2021a, 2021b, Bundeswahlleiter 2021b, Landesamt für Innere Verwaltung Die Landeswahlleiterin Mecklenburg-Vorpommern 2016a, 2016b, Landeswahlleiterin für Berlin 2021

## Bundestagswahl 2021

### Wahlergebnisse

Bei der Bundestagswahl am 26. September erlangte die SPD mit 25,7 % der Stimmen die relative Mehrheit, knapp vor der Union, die mit 24,1 % ihr bisher schlechtestes Ergebnis bei einer Bundestagswahl erzielte (Tabelle 3). Die Grünen konnten ihr Ergebnis mit 14,8 % im Vergleich zur Bundestagswahl 2017 um 5,8 Prozentpunkte verbessern und bilden nun die drittstärkste Fraktion im neuen Bundestag. Ihr Ergebnis blieb allerdings deutlich hinter den eigenen Erwartungen des Wahlkampfes zurück. Mit Blick auf gute Umfragerwerte im ersten Drittel des Jahres formulierte die Partei erstmals den Anspruch auf die Führung der Bundesregierung und nominierte mit Annalena Baerbock eine Kanzlerkandidatin. Dieses Wahlziel wurde deutlich verfehlt (Abbildung 2). Der FDP gelang es mit 11,5 % erneut, ein zweistelliges Wahlergebnis zu erzielen. Die AfD verlor 2,3 Prozentpunkte und erzielte 10,3 %. Deutlicher verlor die Linke an Rückhalt (-4,3 Prozentpunkte). Sie ist mit 4,9 % nur deshalb im neuen Bundestag vertreten, weil sie

drei Wahlkreise direkt gewinnen konnte (die sogenannte Grundmandatsklausel). Ansonsten wäre sie an der für den Einzug in den Bundestag gültigen Fünf-Prozent-Hürde gescheitert.

Die Wahlbeteiligung lag mit 76,6 % in etwa auf dem Niveau der vorherigen Bundestagswahl (2017: 76,2 %). Mit 736 Sitzen ist der aktuelle Bundestag der größte in der Geschichte der Bundesrepublik.<sup>57</sup> Dies liegt an der Besonderheit des deutschen Wahlsystems, das Elemente des Mehrheits- und des Verhältniswahlrechtes kombiniert, aber letztlich eine proportionale Sitzverteilung verlangt. Unter diesen Bedingungen führt die fortschreitende Fragmentierung des Parteiensystems zu einem stetigen Anwachsen der Überhang- und Ausgleichsmandate und damit zu einem Wachstum des Bundestages. Bislang ist es den Parteien nicht gelungen, sich auf eine grundlegende Reform zu einigen. Nach den Koalitionsverhandlungen zwischen SPD, Grünen und FDP wurde am 7. Dezember der Koalitionsvertrag der sogenannten Ampel-Koalition unterzeichnet und Olaf Scholz einen Tag später zum neuen Bundeskanzler gewählt.

**Tabelle 3: Bundestagswahl 2021**

Datum der Wahl:	26. September 2021		
Anzahl Parlamentssitze:	736		
Wahlbeteiligung (Prozent):	76,6% (+0,4 %-Punkte)		
Wählerschaft:	61.181.072		
Abgegebene Stimmen:	46.854.508		
Gültige Zweitstimmen (Prozent):	46.442.023 (99,1 %)		
Gültige Erststimmen (Prozent):	46.362.013 (98,9 %)		
Neue Regierungskoalition (Vorgängerregierung):	SPD-Grüne-FDP (CDU-CSU-SPD)		
	Stimmen %	Sitze N	Gewinne/ Verluste %-Punkte
Partei			
Sozialdemokratische Partei (SPD)	25,7	206	+5,2
Christdemokratische Partei (CDU)	18,9	152	-7,9
Christsoziale Partei (CSU)	5,2	45	-1,0
Bündnis 90/Die Grünen	14,8	118	+5,8
Die Linke	4,9	39	-4,3
Freie Demokratische Partei (FDP)	11,5	92	+0,7
Alternative für Deutschland (AfD)	10,3	83	-2,3
Andere	5,1		-1,1

Quelle: Der Bundeswahlleiter 2021a: <https://www.bundeswahlleiter.de/bundestagswahlen/2021/ergebnisse/bund-99.html#sitze2> (Zugriff: 11.02.2022).

<sup>57</sup> <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/bundestagswahl-2021-der-groesste-bundestag-aller-zeiten-a-7ef99bb6-dd8a-48f9-bdaf-34260f00cb1d>

## Wahlkampfthemen

Im Wahlkampf stellte die SPD mit ihrem Spitzenkandidaten Olaf Scholz den sozialen Ausgleich ins Zentrum ihrer Wahlkampfstrategie und warb für einen Mindestlohn von 12 Euro pro Stunde, bezahlbare Mieten und ein gleichbleibendes Rentenniveau. Das Wahlprogramm trug den Titel „Aus Respekt vor deiner Zukunft“.<sup>58</sup> Die Union schloss Steuererhöhungen für die Zeit nach der Bundestagswahl aus und forderte Steuerentlastungen für die Bürger, blieb dabei aber unkonkret. Des Weiteren setzte sie auf den Neubau staatlich geförderter Wohnungen, statt auf eine Obergrenze für Mieten, um den angespannten Wohnungsmarkt zu beruhigen. Das Wahlprogramm der Union trug den Titel „Das Programm für Stabilität und Erneuerung“.<sup>59</sup> Die Grünen forderten in ihrem Wahlprogramm „Deutschland. Alles ist Drin. Bereit, weil Ihr es seid“ ein Tempolimit auf Autobahnen, einen deutschlandweiten Mietendeckel, einen höheren Steuersatz für Reiche und einen schnelleren Ausstieg aus der Kohlekraft.<sup>60</sup> „Nie gab es mehr zu tun“, betitelte die FDP ihr Wahlprogramm und forderte höhere Investitionen in Bildung, Steuersenkungen für Bürger und Unternehmen, einen Bürokratieabbau, sowie eine Obergrenze für den Ausstoß von CO<sub>2</sub>.<sup>61</sup> In Abgrenzung zu den Grünen setzten sie stärker auf marktwirtschaftliche Konzepte, um den Klimawandel zu begrenzen. Die Linke forderte einen höheren Mindestlohn von 13 €, einen bundesweiten Mietendeckel, eine Millionärssteuer sowie bessere Bedingungen in der Pflege. Zudem positionierten sie sich strikt gegen Waffenexporte. Ihr Fokus im Wahlkampf lag auf der Sozialpolitik (Titel des Wahlprogramms: „Zeit zu handeln! Für soziale Sicherheit, Frieden und Klimagerechtigkeit“).<sup>62</sup> Die rechtspopulistische AfD forderte in ihrem Wahlprogramm „Deutschland. Aber normal“ den Austritt Deutschlands aus der EU und stand den Infektionsschutzmaßnahmen ablehnend gegenüber. Im Wahlkampf forderte sie beispielsweise ein Ende der Pflicht zum Tragen einer Maske. Überdies forderte sie die schnellere Abschiebung einer größeren Zahl an nicht bleibeberechtigten Migranten.<sup>63</sup>

## Wahlkampf

Die SPD benannte als erstes ihren Spitzenkandidaten für den Wahlkampf, Olaf Scholz. Bereits über ein Jahr vor der Bundestagswahl, am 10. August 2020, fiel die Entscheidung zur Nominierung von Scholz einstimmig durch den Parteivorstand und das Präsidium, eine Bestätigung durch den Parteitag war nicht nötig.<sup>64</sup> Zum Zeitpunkt der Nominierung waren die Chancen von Scholz auf eine Kanzlerschaft gering, seine Partei lag in den Umfragen bei etwa 15 %, weit hinter der Union, die zu diesem Zeitpunkt in den Umfragen vom Krisenmanagement in der Corona-Pandemie profitierte. Zudem war Scholz erst acht Monate zuvor, im Dezember 2019,

---

<sup>58</sup> <https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Beschluesse/Programm/SPD-Zukunftsprogramm.pdf>

<sup>59</sup> <https://www.csu.de/common/download/Regierungsprogramm.pdf>

<sup>60</sup> [https://cms.gruene.de/uploads/documents/Wahlprogramm-DIE-GRUENEN-Bundestagswahl-2021\\_barrierefrei.pdf](https://cms.gruene.de/uploads/documents/Wahlprogramm-DIE-GRUENEN-Bundestagswahl-2021_barrierefrei.pdf)

<sup>61</sup> [https://www.fdp.de/sites/default/files/2021-06/FDP\\_Programm\\_Bundestagswahl2021\\_1.pdf](https://www.fdp.de/sites/default/files/2021-06/FDP_Programm_Bundestagswahl2021_1.pdf)

<sup>62</sup> [https://www.die-linke.de/fileadmin/download/wahlen2021/Wahlprogramm/DIE\\_LINKE\\_Wahlprogramm\\_zur\\_Bundestagswahl\\_2021.pdf](https://www.die-linke.de/fileadmin/download/wahlen2021/Wahlprogramm/DIE_LINKE_Wahlprogramm_zur_Bundestagswahl_2021.pdf)

<sup>63</sup> <https://www.afd.de/wahlprogramm/>

<sup>64</sup> <https://www.sueddeutsche.de/politik/olaf-scholz-spd-kanzlerkandidat-kritik-1.4995882>

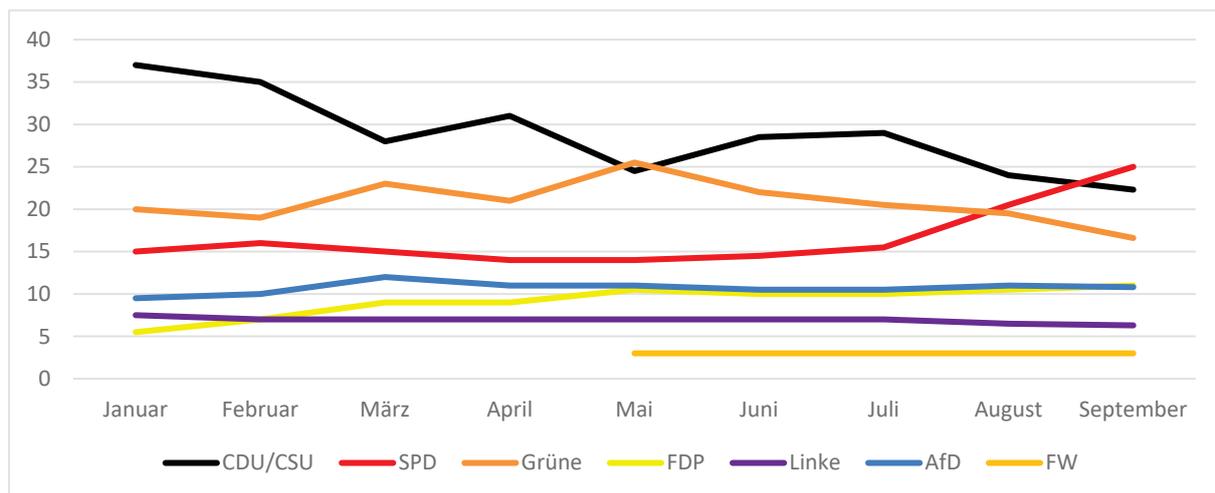
bei der Kandidatur um den Parteivorsitz zusammen mit Klara Geywitz gegen seine Konkurrenten Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans gescheitert (Kinski und Poguntke 2020).

Als im April 2021 die Zustimmung in der Bevölkerung zu den Infektionsschutzmaßnahmen einen Tiefpunkt erreichte (Abbildung 1) und die Union in den Umfragen an Zustimmung einbüßte (Abbildung 2), nominierten die Grünen am 19. April 2021 Annalena Baerbock als Spitzenkandidatin für den Wahlkampf. Die Entscheidung fiel zwischen den beiden Parteivorsitzenden Baerbock und Habeck (siehe die wichtigsten Parteien im Detail). Die Medien reagierten euphorisch auf die Nominierung und kurzzeitig gelang es den Grünen im Mai 2021 sogar, die Union in den Umfragen zu überholen (Abbildung 2).

Nach einem auch in der Öffentlichkeit ausgetragenen Streit zwischen Markus Söder (CSU Vorsitzender und Ministerpräsident von Bayern) und Armin Laschet (CDU Vorsitzender und Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen) um die Kanzlerkandidatur der Union, setzte sich am 20. April 2021 Laschet gegen Söder durch. In der Öffentlichkeit war allerdings Söder der beliebtere Kandidat, und auch Teile der Union hätten ihn gegenüber Laschet bevorzugt.<sup>65</sup> Nachdem die Kandidatenfrage in der Union geklärt war, erholte sie sich wieder in den Umfragen, ohne jedoch an die hohen Zustimmungswerte zu Beginn des Jahres anknüpfen zu können.

Der frühere Verfassungsschutzpräsident Hans-Georg Maaßen wurde im Bundesland Thüringen als CDU-Direktkandidat nominiert, was bundesweit für Aufsehen und Kritik sorgte – sowohl bei den anderen Parteien als auch bei Teilen der CDU selbst, da sie die Abgrenzung gegenüber dem ganz rechten politischen Rand gefährdet sahen.<sup>66</sup> Kanzlerkandidat Laschet vermied klare Äußerungen zu dieser Personalentscheidung.

**Abbildung 2: „Sonntagsfrage“: Wahlabsichten der Deutschen 2021 (Angaben in Prozent)**



Quelle: Eigene Berechnung anhand der Daten des „Politbarometer“, siehe Forschungsgruppe Wahlen 2022c: [https://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Langzeitentwicklung\\_-\\_Themen\\_im\\_Ueberblick/Politik\\_I/#Projektion](https://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Langzeitentwicklung_-_Themen_im_Ueberblick/Politik_I/#Projektion) (Zugriff: 11.02.2022).

<sup>65</sup> <https://www.stern.de/politik/37-prozent-fuer-die-union--wenn-markus-soeder-kanzlerkandidat-waere-30731844.html>

<sup>66</sup> <https://www.deutschlandfunk.de/cdu-kandidat-bei-bundestagswahl-warum-hans-georg-maassen-100.html>

Der Höhenflug der Grünen endete bereits kurz nach der Nominierung von Baerbock als Kanzlerkandidatin. Zunächst wurde öffentlich, dass sie von ihrer Partei erhaltene Einkünfte zu spät der Bundestagsverwaltung gemeldet hatte, anschließend wurden unrichtige Angaben in ihrem offiziellen Lebenslauf bekannt. Kurze Zeit nachdem die Kandidatin ein von ihr selbst verfasstes Buch zu ihren politischen Vorstellungen öffentlich präsentierte, wurden Plagiatsvorwürfe bekannt. Zunächst reagierten die Grünen mit dem Vorwurf einer Kampagne seitens der politischen Gegner auf die Anschuldigungen; kurze Zeit später musste die Kandidatin jedoch Fehler eingestehen und kündigte Korrekturen an (siehe oben). Die Enthüllungen schaden dem Ansehen der Kandidaten und die Partei konnte sich davon in den Umfragen nicht mehr erholen (Abbildung 2).

Die Flutkatastrophe im Juli, die besonders die Bundesländer Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz traf (siehe generelle politische Entwicklungen), führte dazu, dass das Thema Klima- und Umweltschutz wieder stärker in den Fokus des Wahlkampfes rückte. Strategisch befanden sich die Unionsparteien spätestens seit der wieder stark in den Vordergrund gerückten Debatte über den Klimawandel in der Defensive, in der sie sich mit eigenständigen Lösungsstrategien schwertaten. Zudem war es fast unmöglich für den Kanzlerkandidaten Laschet, nach 16 Jahren CDU/CSU-geführter Bundesregierungen einen „Neuanfang“ plausibel zu vertreten, zumal er als loyaler Gefolgsmann der noch amtierenden Bundeskanzlerin Angela Merkel bekannt war.

Hinzu kam ein schwacher Wahlkampf des Kanzlerkandidaten der Union. Laschet, der während der Flutkatastrophe Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen war, überzeugte nicht als Krisenmanager und leistete sich mehrere Fehler, die seinem Ansehen und den Umfragewerten der Union nachhaltig schaden (Abbildung 2). Nachdem bereits im Juni Plagiatsvorwürfe gegen sein Buch erhoben wurden, zeigte ein Video ihn im Juli, wie er während einer Rede des Bundespräsidenten im Hintergrund lachte, als dieser den Opfern der Flutkatastrophe gedachte (siehe oben).<sup>67</sup> Als Sinnbild für die fehlenden politische Inhalte des Kandidaten Laschet wurde ein kurzes Interview mit ihm gewertet, in dem er nach den drei wichtigsten Forderungen seiner Wahlkampagne gefragt wurde und spontan nur zwei nennen konnte.<sup>68</sup>

Zeitgleich stiegen langsam die Umfragewerte des Kandidaten Scholz (SPD), der im Gegensatz zu seinen Konkurrenten Laschet und Baerbock größere Fehler im Wahlkampf vermied und sich als Persönlichkeit in der Tradition von Angela Merkel präsentierte: professionell, staatsmännisch und unaufgeregt. Nachdem die Linkspartei im Bundestag ihre Zustimmung zur Evakuierung deutscher Soldaten aus Afghanistan verweigerte (siehe generelle politische Entwicklungen), forderte die Union Scholz dazu auf, eine etwaige Koalition mit der Linkspartei auszuschießen, was dieser jedoch vermied.<sup>69</sup> In den letzten Wochen des Wahlkampfes gelang es Scholz und seiner SPD, in den Umfragen weiter zuzulegen (wenngleich ein erheblicher Teil der Wähler noch kurz vor der Wahl unentschlossen war). Kurz vor der Bundestagswahl überholte die SPD in den Umfragen dann erstmals die Union und ging am Wahlabend überraschend und knapp vor der Union als stärkste Partei aus der Wahl hervor. Die Grünen mussten sich, trotz

---

<sup>67</sup> <https://www1.wdr.de/nachrichten/laschet-hochwasser-100.html>

<sup>68</sup> <https://www.stern.de/politik/deutschland/armin-laschet-geraet-im-interview-ins-schlingern--joa--was-machen-wir-noch---30669364.html>

<sup>69</sup> <https://www.rnd.de/politik/tv-triell-spd-und-linke-olaf-scholz-schliesst-koalition-nicht-kategorisch-aus-NCP7YDZTLS74W57HUCJ25YDNJU.html>

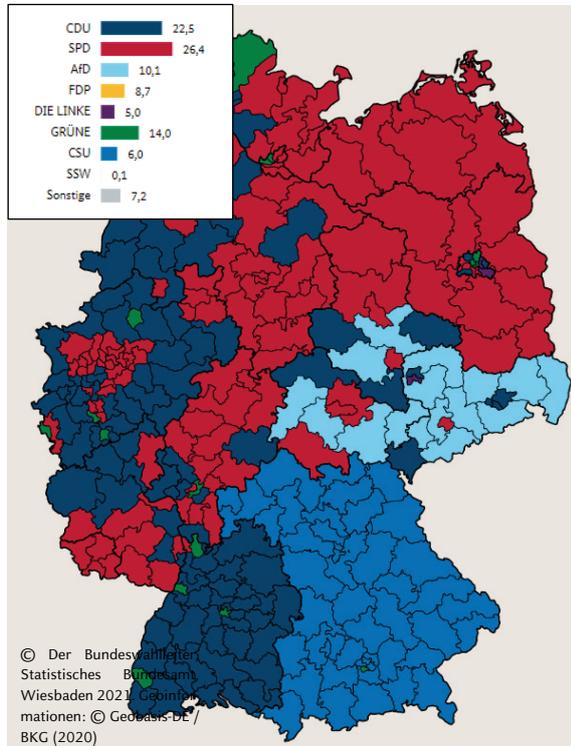
Zugewinnen, mit dem dritten Platz zufrieden geben. Der Wahlsieg der SPD basiert allerdings eher auf der Schwäche der Konkurrenz als auf der eigenen Stärke. Noch nie konnte in der Bundesrepublik eine Partei mit einem so geringen Stimmenanteil den Bundeskanzler stellen.

### **Regionale Verteilung der Wahlergebnisse**

Schlüsselt man das Ergebnis der Bundestagswahl nach Wahlkreisen und Bundesländern auf, werden die regionalen Schwerpunkte der Parteien sichtbar (Abbildung 3 und 4). Traditionell ist die SPD im Ruhrgebiet in Nordrhein-Westfalen erfolgreich. Im Gegensatz zur Bundestagswahl 2017 gelang es ihr aber auch darüber hinaus, viele Wahlkreise für sich zu gewinnen und die CDU auf den zweiten Platz zu verweisen (Abbildung 3). Gewannen die Grünen bei der Wahl 2017 lediglich ein Direktmandat, konnten sie bei der Wahl 2021 16 Direktmandate gewinnen. Die CSU konnte ihre starke Stellung in den Wahlkreisen verteidigen und nahezu alle Direktmandate in Bayern gewinnen. Die AfD erhöhte die Zahl ihrer Direktmandate von 3 auf 16. Alle ihre Direktmandate gewann sie in den ostdeutschen Bundesländern. Auch die Linkspartei konnte drei Direktmandate in Ostdeutschland gewinnen, ohne die sie den Einzug in den Bundestag verpasst hätte (siehe oben). Wie schon bei vorherigen Bundestagswahlen gelang es der FDP nicht, Direktmandate zu gewinnen.

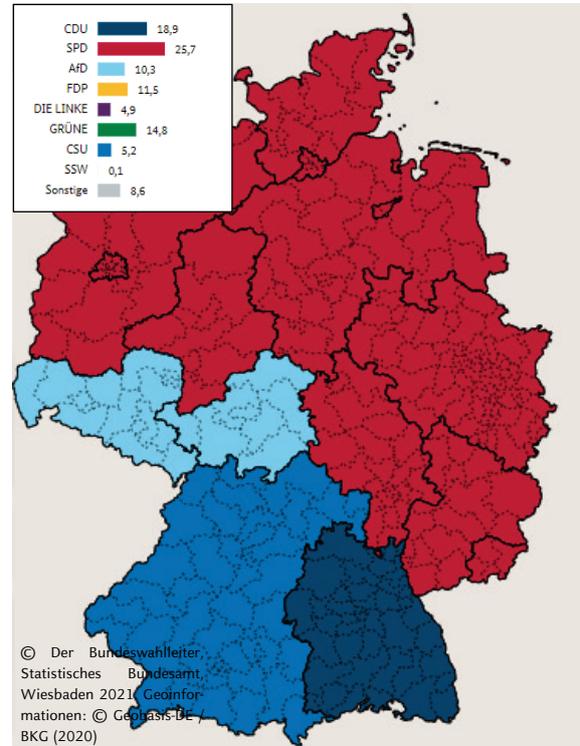
Abbildung 4 zeigt, welche Partei in den Bundesländern die meisten Zweitstimmen bei der Bundestagswahl erhielt. Auf den ersten Blick wird ersichtlich, dass sich die SPD in den meisten Bundesländern gegenüber den konkurrierenden Parteien durchsetzen konnte. Der CDU gelang es lediglich in Baden-Württemberg, stärkste Partei zu werden; die CSU ist in Bayern traditionell die stärkste Partei, so auch bei der Bundestagswahl 2021. In den ostdeutschen Bundesländern Thüringen und Sachsen konnte sich die AfD gegenüber ihren Konkurrenten behaupten und erhielt die meisten Zweitstimmen.

**Abbildung 3: Stärkste Partei bei der Bundestagswahl 2021 nach Wahlkreis**



Quelle: © Der Bundeswahlleiter, Wiesbaden 2022.  
Anmerkung: Oben links ist der Erststimmenanteil der Parteien angegeben.

**Abbildung 4: Stärkste Partei bei der Bundestagswahl 2021 nach Bundesland**



Quelle: © Der Bundeswahlleiter, Wiesbaden 2022.  
Anmerkung: Oben links ist der Zweitstimmenanteil der Parteien angegeben.

Mit 736 Abgeordneten ist der neu gewählte Bundestag so groß wie nie zuvor (Tabelle 4). Der Anteil der Frauen im deutschen Parlament erhöhte sich geringfügig von 32 auf 35 Prozent. Während Grüne und Linke im Bundestag einen Frauenanteil von über 50 Prozent haben, ist der Anteil der Frauen in der AfD mit nur 14 Prozent äußerst gering.

**Tabelle 4: Zusammensetzung des Bundestages nach Partei und Geschlecht 2021**

Partei	1. Januar 2021				31. Dezember 2021			
	Gesamt		Frauen		Gesamt		Frauen	
	N	%	N	%	N	%	N	%
Sozialdemokratische Partei (SPD)	152	21,4%	67	44,1%	206	28,0%	86	41,7%
Christdemokratische Partei (CDU)/ Christsoziale Partei (CSU)	246	34,7%	52	21,1%	197	26,8%	46	23,4%
Bündnis 90/Die Grünen	67	9,5%	38	56,7%	118	16,0%	70	59,3%
Die Linke	69	9,7%	37	54,6%	39	5,3%	21	53,8%
Freie Demokratische Partei (FDP)	80	11,3%	19	23,8%	92	12,5%	23	25,0%
Alternative für Deutschland (AfD)	88	12,4%	9	10,2%	80	10,9%	11	13,8%
Fraktionslose	7	1,0%	2	28,6%	4	0,5%	0	0,0%
<b>Gesamt</b>	<b>709</b>	<b>100,0%</b>	<b>224</b>	<b>31,6%</b>	<b>736</b>	<b>100,0%</b>	<b>257</b>	<b>34,9%</b>

Quelle: Deutscher Bundestag 2022: <https://www.bundestag.de/webarchiv/abgeordnete/biografien19Bundestag>; <https://www.bundestag.de/abgeordnete> (Zugriff: 09.02.2022).

## Regierungsbildung

Im Anschluss an die Bundestagswahl starteten die Sondierungsgespräche zur Bildung einer Koalitionsregierung. Am 28. September, zwei Tage nach der Bundestagswahl, trafen sich Grüne und FDP zu sogenannten Vorsondierungen, um mögliche Konstellationen für Sondierungsgespräche auszuloten. Für die Grünen nahmen die beiden Parteivorsitzenden Annalena Baerbock und Robert Habeck teil, für die FDP Parteichef Christian Lindner und Generalsekretär Volker Wissing. Das Treffen war eher ungewöhnlich, da die beiden Parteien sowohl in einem sogenannten Jamaika-Bündnis, geführt von der CDU, als auch in einer sogenannten Ampelkoalition, geführt von der SPD, die kleineren Koalitionspartner gewesen wären. Für gewöhnlich startet jedoch der Wahlsieger die Sondierungen und lädt mögliche kleinere Koalitionspartner ein. Am 1. Oktober trafen sich beide Parteien erneut, nun in größerer Runde mit einem jeweils zehnköpfigen Team. Über die Inhalte des Treffens wurde Stillschweigen vereinbart.<sup>70</sup>

Am 3. Oktober führten die Unionsparteien Sondierungsgespräche mit der FDP und am 5. Oktober mit den Grünen, um die Chancen für ein Jamaika-Bündnis auszuloten.<sup>71</sup> Vorausgegangen waren den Treffen Unstimmigkeiten zwischen CDU und CSU, aber auch innerhalb der CDU darüber, ob die Union überhaupt versuchen solle, eine Regierung zu bilden. Dies führte dazu, dass sowohl FDP als auch Grüne bereits im Vorfeld der Sondierungsgespräche die Verhandlungsfähigkeit der Union öffentlich in Frage stellten. Kanzlerkandidat Laschet warb nach den Gesprächen erneut für ein Jamaika-Bündnis.<sup>72</sup> FDP und Grüne erklärten jedoch kurz nach den Gesprächen, dass sie zunächst eine Ampelkoalition sondieren wollen und nicht für parallele Sondierungen mit der CDU/CSU zur Verfügung stünden.<sup>73</sup> Zuvor hatten FDP und Grüne öffentlich ihren Unmut über die Union zum Ausdruck gebracht, nachdem Unionspolitiker Informationen aus den Vorsondierungen veröffentlichten, obwohl Stillschweigen über die Gesprächsinhalte vereinbart worden war.<sup>74</sup>

Die Sondierungen für eine mögliche Ampelkoalition aus SPD, Grünen und FDP begannen am 7. Oktober durch die drei Generalsekretäre der Parteien.<sup>75</sup> Im Anschluss an das Treffen wurden vertiefende Gespräche für die kommenden Tage angekündigt, um strittige Fragen auszuräumen.<sup>76</sup> Nach weiteren gemeinsamen Treffen veröffentlichten die Parteispitzen am 15. Oktober

---

<sup>70</sup> <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/regierungsbildung-gruene-und-fdp-so-liefen-die-sondierungsgespraech-am-freitag/27667672.html?ticket=ST-17960792-S9agiLrGUiFf0x53PZV4-ap5>

<sup>71</sup> <https://www.sueddeutsche.de/politik/sondierung-jamaika-gruene-fdp-1.5427033>

<sup>72</sup> <https://www.businessinsider.de/politik/deutschland/die-gruenen-sprechen-sich-fuer-aufnahme-von-ampel-sondierungsgespraechen-aus/>

<sup>73</sup> <https://www.businessinsider.de/politik/deutschland/die-gruenen-sprechen-sich-fuer-aufnahme-von-ampel-sondierungsgespraechen-aus/>

<sup>74</sup> <https://www.tagesspiegel.de/politik/wird-laschets-jamaika-versuch-sabotiert-neuer-sondierungs-leak-gruene-sauer-auf-die-union/27675552.html>

<sup>75</sup> <https://www.mdr.de/nachrichten/deutschland/wahlen/bundestagswahl/spd-gruene-fdp-vertiefen-sondierungsfahrplan-100.html>

<sup>76</sup> <https://www.deutschlandfunk.de/ampel-spitzen-fuer-koalitionsgespraech-das-sind-die-100.html#Sondierungen>

ein gemeinsames Sondierungspapier, in dem sie ihren Parteien die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen empfohlen.<sup>77</sup> Der Vorstand der SPD stimmte noch am gleichen Tag einstimmig der Aufnahme von Koalitionsverhandlungen zu.<sup>78</sup> Zwei Tage darauf votierte der kleine Parteitag der Grünen mit großer Mehrheit für Koalitionsverhandlungen.<sup>79</sup> Auch der Bundesvorstand der FDP sowie die neu gewählte Bundestagsfraktion votierten am 18. Oktober einstimmig für den Beginn von Koalitionsverhandlungen.<sup>80</sup> Damit konnten etwa drei Wochen nach der Bundestagswahl die Verhandlungen zur Bildung einer Ampelkoalition beginnen. Nachdem es deutlich geworden war, dass die Unionsparteien keine realistische Aussicht auf die Regierungsbildung hatten, kündigte der CDU-Vorsitzende und Kanzlerkandidat Laschet den Rücktritt vom Parteivorsitz an (siehe oben).

Die Koalitionsverhandlungen begannen am 21. Oktober in Berlin mit je sechs Spitzenpolitikern der Parteien.<sup>81</sup> Am 27. Oktober trafen sich erstmalig die 22 Arbeitsgruppen, in denen zu verschiedenen Themen verhandelt wurde. Die insgesamt etwa 300 Teilnehmer verhandelten drei Wochen lang (je Arbeitsgruppe vier bis sechs Mitglieder pro Partei). Strittige Themen der Verhandlungen waren unter anderem die Zuständigkeit über das Finanzministerium, das sowohl Robert Habeck (Grüne) als auch Christian Lindner (FDP) für sich beanspruchten. Zudem lehnte die FDP, im Gegensatz zu Grünen und SPD, Steuererhöhungen ab. Die Grünen waren zwischenzeitlich unzufrieden mit den Fortschritten beim Umwelt- und Klimaschutz. Am 10. November beendeten die Arbeitsgruppen ihre Verhandlungen und leiteten ihre Ergebnisse an die Parteiführungen weiter. Die noch verbliebenen Streitpunkte sollten abschließend in kleiner Runde unter den führenden Politikern der drei Parteien geklärt werden. Nach rund einmonatigen Verhandlungen präsentierten die drei Parteien am 24. November den gemeinsamen Koalitionsvertrag. Dieser musste bei SPD und FDP jeweils noch durch Parteitage und bei den Grünen in einer Mitgliederbefragung bestätigt werden. Der Parteitag der SPD billigte am 4. Dezember den Koalitionsvertrag, der Parteitag der FDP am 05. Dezember.<sup>82</sup> Auch die große Mehrheit unter den Mitgliedern der Grünen (86 %) stimmte dem Koalitionsvertrag in der bis zum 6. Dezember andauernden Urabstimmung zu.<sup>83</sup>

Im Koalitionsvertrag konnten alle Partner wichtige Ziele durchsetzen: Die Grünen konnten als Erfolg verbuchen, dass der Weg in eine CO<sub>2</sub>-neutrale Wirtschaft beschleunigt werden soll, die FDP erreichte die Beibehaltung der Schuldenbremse und den Verzicht auf Steuererhöhungen und die SPD setzte den Mindestlohn sowie eine Verlängerung und Verschärfung der Mietpreisbremse durch. Viel beachtet war der Streit um das Finanzministerium, den der FDP-Vor-

---

<sup>77</sup> <https://www.deutschlandfunk.de/ampel-spitzen-fuer-koalitions-gespraech-das-sind-die-100.html>

<sup>78</sup> <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2021-10/spd-vorstand-macht-weg-fuer-koalitions-verhandlungen-frei>

<sup>79</sup> <https://www.tagesschau.de/inland/gruene-koalitions-verhandlungen-parteitag-101.html>

<sup>80</sup> <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2021-10/fdp-stimmt-aufnahme-von-koalitions-verhandlungen-zu>

<sup>81</sup> <https://www1.wdr.de/nachrichten/bundestagswahl-2021/ticker-koalition-bundestagswahl-110.html>

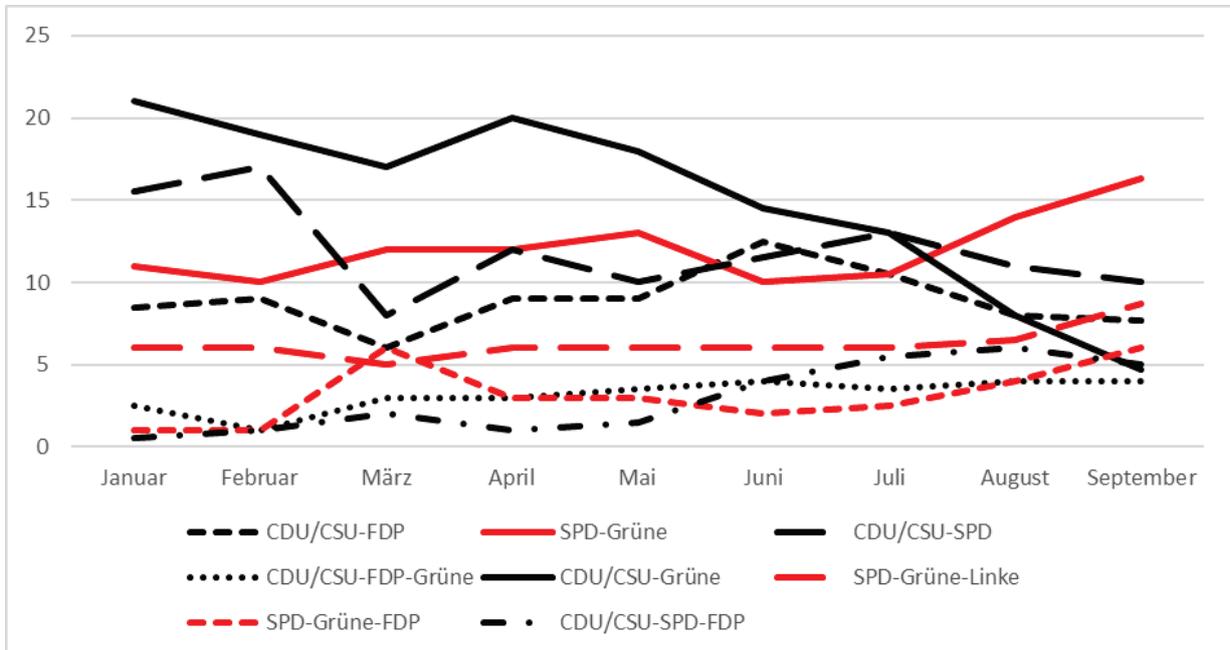
<sup>82</sup> <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2021-12/spd-parteitag-abstimmung-ampel-koalition-vertrag>;

<https://www.tagesschau.de/inland/fdp-koalitions-vertrag-101.html>

<sup>83</sup> <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/gruene-stimmen-mit-grosser-mehrheit-fuer-ampel-koalitions-vertrag-17670005.html>

sitzende Lindner für sich entschied; im Gegenzug wurde Robert Habeck (Grüne) Wirtschaftsminister und Vize-Kanzler; die grüne Spitzenkandidatin Baerbock bekam das Außenministerium.

Abbildung 5: Koalitionswünsche der Deutschen im Jahr 2021 (Angaben in Prozent)



Quelle: Eigene Berechnung anhand der Daten des „Politbarometer“, siehe Forschungsgruppe Wahlen 2022d: [https://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Langzeitentwicklung\\_-\\_Themen\\_im\\_Ueberblick/Politik-Archiv\\_1/Legislatur\\_2017\\_-\\_2021/#Koalition](https://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Langzeitentwicklung_-_Themen_im_Ueberblick/Politik-Archiv_1/Legislatur_2017_-_2021/#Koalition) (Zugriff: 10.02.2022).

Die Deutschen hatten eine Ampelkoalition vor der Bundestagswahl nicht gewünscht. Zwischen Januar und September sprachen sich höchstens sechs Prozent für ein solches Bündnis aus (Abbildung 5). Unbeliebter war zwischenzeitlich nur die sogenannte Deutschlandkoalition aus CDU/CSU, SPD und FDP. Die Umfragen in den Monaten vor der Bundestagswahl sahen die Union lange Zeit als stärkste, die Grünen als zweitstärkste Partei (Abbildung 2). Die politische Stimmung spiegelt sich auch in den Koalitionswünschen der Deutschen wider: Bis August fand eine Koalition aus beiden Parteien die größte Zustimmung unter den Deutschen. Als sich die Umfragewerte der SPD ab Juli verbesserten, begrüßte die relative Mehrheit der Deutschen eine mögliche Koalition der Grünen mit der SPD gegenüber einer Koalition zwischen Grünen und Union. Letztlich reichte es nach der Bundestagswahl aber weder für eine Koalition aus Union und Grünen, noch für eine Koalition aus SPD und Grünen. Im Ergebnis wurde eine Dreierkoalition aus SPD, Grünen und FDP gebildet.

### Fazit und Ausblick

Das politische Jahr 2021 wurde in Deutschland durch die andauernde Diskussion um die Corona-Maßnahmen und die damit verbundenen Freiheitseinschränkungen geprägt. Hinzu trat die Debatte um die Folgen des Klimawandels, verstärkt durch die Flutkatastrophe im Juli. Vor diesem Hintergrund fanden fünf Landtagswahlen und die Bundestagswahl im September statt. Obwohl die Union und die Grünen in den Umfragen lange Zeit vor der SPD lagen, setzte sie

sich am Ende knapp als stärkste Partei durch. Die Grünen büßten vor allem wegen Schwächen ihrer Spitzenkandidatin Stimmen ein; die Unionsparteien litten unter dem strategischen Dilemma, nach 16-jähriger Regierungsführung schwerlich einen Neuanfang glaubhaft machen zu können, und unter der Schwäche ihres Kanzlerkandidaten Armin Laschet. Vieles spricht dafür, dass die SPD bei der Wahl erheblich von der Schwäche der anderen Parteien profitierte und Olaf Scholz im Wahlkampf erfolgreich war, weil er größere Fehler vermied und sich in der Tradition von Angela Merkel als ruhiger, besonnener Staatsmann präsentierte. Bemerkenswert an der Bundestagswahl ist der geringe Stimmenanteil, mit der es der SPD nach 16 Jahren unionsgeführter Regierung gelang, den neuen Kanzler zu stellen. Noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik hatte die Partei des Bundeskanzlers einen so geringen Stimmenanteil. Für die CDU, die mit Angela Merkel 16 Jahre die Kanzlerin gestellt hatte, bedeutete die Wahlniederlage den Beginn einer Neuorientierung, der seinen ersten Niederschlag in der Wahl von Friedrich Merz zum CDU-Vorsitzenden und zum Fraktionsvorsitzenden von CDU/CSU im Bundestag fand. Dieser war über Jahre als scharfer Kritiker der Regierungspolitik von Angela Merkel hervorgetreten und steht für einen konservativeren und wirtschaftsfreundlicheren Kurs.

Nachdem die Bundesregierung in den vergangenen Jahren durch die sogenannte Große Koalition aus CDU/CSU und SPD gebildet wurde, wird sich zeigen müssen, wie gut es dem ungleichen Dreierbündnis aus SPD, Grünen und FDP gelingt, die anstehenden politischen Herausforderungen zu bewältigen. Viel Zeit zur Einarbeitung bleibt der neuen Regierung nicht: Neben der andauernden Corona-Pandemie erfordert der im Februar 2022 begonnene Krieg in der Ukraine die volle Aufmerksamkeit der Politik. Mit der durch Kanzler Scholz als Reaktion auf den Krieg in der Ukraine angekündigten Erhöhung der Rüstungsausgaben und der Lieferung von Waffen in Kriegsgebiete zeigt sich ein erster deutlicher Richtungswechsel in der deutschen Politik. Vor allem für den linken Flügel der SPD und die traditionell anti-militärisch orientierten Grünen beutet dieser fundamentale Kurswechsel eine erhebliche Zumutung. Dies dürfte noch zu Konflikten innerhalb der Koalition, vor allem aber zwischen der Regierung und Teilen der sie tragenden Parteien führen. Abgesehen davon bleibt generell abzuwarten, ob die Koalition auch künftig so geschlossen auftreten wird oder ob Konflikte zwischen den zwei Mitte-links-Parteien SPD und Grünen sowie der Mitte-rechts verorteten FDP die Zusammenarbeit auf die Probe stellen werden.

## Quellen und Literatur

Der Bundeswahlleiter (2021a): Ergebnis der Bundestagswahl am 26. September 2021. Online verfügbar unter: <https://www.bundeswahlleiter.de/bundestagswahlen/2021/ergebnisse/bund-99.html#sitze2> (Zugriff: 11.02.2022).

Der Bundeswahlleiter (2021b): Landtagswahlen Mecklenburg-Vorpommern. Ergebnis der 8. Wahl zum Landtag in Mecklenburg-Vorpommern am 26. September 2021. Online verfügbar unter: <https://www.bundeswahlleiter.de/service/landtagswahlen/land-13.html> (Zugriff: 10.02.2022).

Deutscher Bundestag (2022): Abgeordnete des Bundestages. Online verfügbar unter: <https://www.bundestag.de/abgeordnete> (Zugriff: 09.02.2022).

- Forschungsgruppe Wahlen (2021). Wahlbericht 180. Mannheim: Berichte der Forschungsgruppe Wahlen e.V.
- Forschungsgruppe Wahlen (2021). Wahlbericht 181. Mannheim: Berichte der Forschungsgruppe Wahlen e.V.
- Forschungsgruppe Wahlen (2021). Wahlbericht 182. Mannheim: Berichte der Forschungsgruppe Wahlen e.V.
- Forschungsgruppe Wahlen (2021). Wahlbericht 184. Mannheim: Berichte der Forschungsgruppe Wahlen e.V.
- Forschungsgruppe Wahlen (2021). Wahlbericht 185. Mannheim: Berichte der Forschungsgruppe Wahlen e.V.
- Forschungsgruppe Wahlen (2022a): Politikbarometer: Langzeitenentwicklung – Themen im Überblick. Mannheim. Online verfügbar unter: [https://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Langzeitentwicklung\\_-\\_Themen\\_im\\_Ueberblick/Politik\\_II/#Probl1](https://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Langzeitentwicklung_-_Themen_im_Ueberblick/Politik_II/#Probl1) (Zugriff: 11.2.2022).
- Forschungsgruppe Wahlen (2022b): Politikbarometer 2021 – Newsletter der Forschungsgruppe Wahlen e.V.. Mannheim. Online verfügbar unter: <https://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Archiv/> (Zugriff: 11.02.2022).
- Forschungsgruppe Wahlen (2022c): Projektion – Wenn am nächsten Sonntag wirklich Bundestagswahl wäre... . Online verfügbar unter: [https://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Langzeitentwicklung\\_-\\_Themen\\_im\\_Ueberblick/Politik\\_I/#Projektion](https://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Langzeitentwicklung_-_Themen_im_Ueberblick/Politik_I/#Projektion) (Zugriff: 11.02.2022).
- Forschungsgruppe Wahlen (2022d): Koalitionswunsch. Online verfügbar unter: [https://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Langzeitentwicklung\\_-\\_Themen\\_im\\_Ueberblick/Politik-Archiv\\_1/Legislatur\\_2017\\_-\\_2021/#Koalition](https://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Langzeitentwicklung_-_Themen_im_Ueberblick/Politik-Archiv_1/Legislatur_2017_-_2021/#Koalition) (Zugriff: 10.02.2022)
- Kinski, L., & Poguntke, T. (2021): Die deutsche Parteienlandschaft im Jahr 2020. In: Zheng, C. (Hrsg.). Deutschland-Jahrbuch 2020. Beijing: Social Sciences Academic Press.
- Kinski, L., & Poguntke, T. (2020): Die deutsche Parteienlandschaft im Jahr 2019. In: Zheng, C. (Hrsg.). Deutschland-Jahrbuch 2020. Beijing: Social Sciences Academic Press.
- Landesamt für Innere Verwaltung Die Wahlleiterin Mecklenburg-Vorpommern (2016a): Wahl zum Landtag von Mecklenburg-Vorpommern am 4. September 2016. Endgültiges Ergebnis. Online verfügbar unter: [https://wahlen.mvnet.de/dateien/2016\\_land/htm/L\\_WK99.htm](https://wahlen.mvnet.de/dateien/2016_land/htm/L_WK99.htm) (Zugriff: 10.02.2022).
- Landesamt für Innere Verwaltung Die Wahlleiterin Mecklenburg-Vorpommern (2016b): Wahl zum Landtag von Mecklenburg-Vorpommern am 4. September 2016. Mandate Mecklenburg-Vorpommern. Online verfügbar unter: [https://wahlen.mvnet.de/dateien/2016\\_land/htm/L\\_Mandate.htm](https://wahlen.mvnet.de/dateien/2016_land/htm/L_Mandate.htm) (Zugriff: 10.02.2022).
- Landeswahlleiterin für Berlin (2021): Wahlen in Berlin am 26. September 2021. Abgeordnetenhaus, Bezirksverordnetenversammlung. Endgültiges Ergebnis. Online verfügbar unter: [https://www.berlin.de/wahlen/wahlen/wahlen-2021/ergebnisse/sb\\_b07-02-03\\_2021j05\\_be.pdf](https://www.berlin.de/wahlen/wahlen/wahlen-2021/ergebnisse/sb_b07-02-03_2021j05_be.pdf) (Zugriff: 10.02.2022).

Landeswahlleiterin Rheinland-Pfalz 2021: Endgültiges Ergebnis der Landtagswahl. Online verfügbar unter: <https://www.wahlen.rlp.de/de/ltw/wahlen/2021//land/index.html> (Zugriff: 10.02.2022).

Landtag Sachsen-Anhalt 2021a: Amtliches Endergebnis wurde bekanntgegeben. Online verfügbar unter: <https://www.landtag.sachsen-anhalt.de/amtliches-endergebnis-wurde-bekanntgegeben> (Zugriff: 10.02.2022).

Landtag Sachsen-Anhalt 2021b: Landtagswahl am 6. Juni 2021. Endgültige Ergebnisse. Online verfügbar unter: [https://wahlergebnisse.sachsen-anhalt.de/wahlen/lt21/and/lt21\\_endg.pdf](https://wahlergebnisse.sachsen-anhalt.de/wahlen/lt21/and/lt21_endg.pdf) (Zugriff: 10.02.2022).

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2021a: Ergebnis der Landtagswahl 2021. Online verfügbar unter: <https://www.statistik-bw.de/Wahlen/Landtag/02035000.tab?R=LA> (Zugriff: 14.02.2022).

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2021b: Statistische Berichte Baden-Württemberg. Online verfügbar unter: [https://www.statistik-bw.de/Service/Veroeff/Statistische\\_Berichte/423221001.pdf](https://www.statistik-bw.de/Service/Veroeff/Statistische_Berichte/423221001.pdf) (Zugriff: 14.02.2022).

.....  
Eine chinesische Fassung erscheint in: Chunrong Zheng (Hrsg.) Blue Book of Germany. Annual Development Report of Germany 2021, Social Science Academic Press (China).

### **Zu den Autoren**

Dr. Michael Angenendt ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für Deutsches und Internationales Parteienrecht und Parteienforschung (PRUF), Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf.

Prof. Dr. Thomas Poguntke ist Inhaber des Lehrstuhls für Vergleichende Politikwissenschaft und Co-Direktor des Instituts für Deutsches und Internationales Parteienrecht und Parteienforschung (PRUF), Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf.

### **Impressum**

Institut für Deutsches und Internationales Parteienrecht und Parteienforschung (PRUF)  
Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf | Universitätsstraße 1 | 40225 Düsseldorf

Verantwortlich: Dr. Alexandra Bäcker

Tel.: 0211/81-15722 | E-Mail: [pruf@hhu.de](mailto:pruf@hhu.de) | [www.pruf.de](http://www.pruf.de)